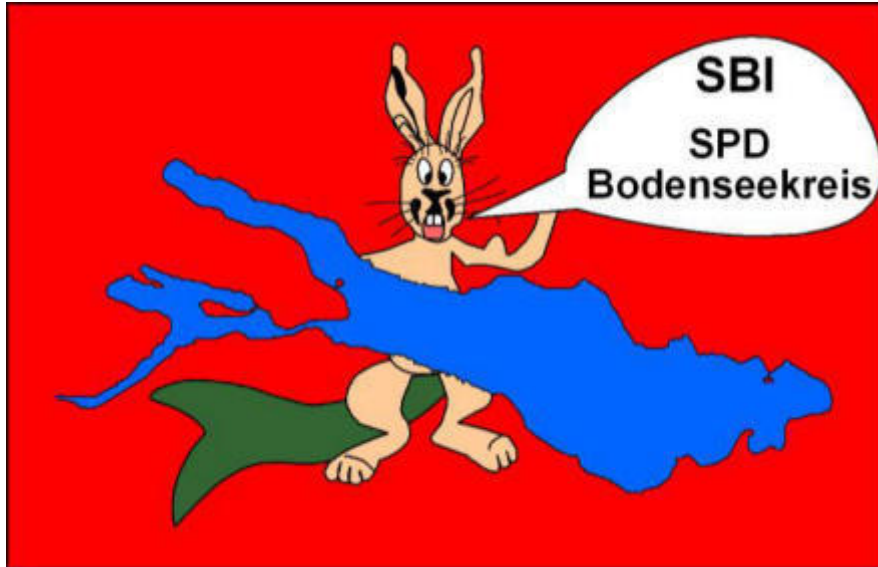


„Der Rote Seehas“



Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

Editorial

Unsere FreundInnen in Vorarlberg haben zwar „nur“ Landtagswahlen, doch die SPÖ rennt auch schlechten Umfrageergebnissen hinterher. Nur gut, dass Umfragen keine zuverlässigen Wahlbarometer abgeben. Viel Glück für den 20.09.2009.

Der Rote Seehas erreicht ganz gewiss kaum Wähler aus anderen Parteien oder aus dem Kreis der „Nicht-Wähler“. Für einen Aufruf an unsere Mitglieder reicht es doch: Motiviert die Leute zum Wahlgang! Sprecht Bekannte an, stellt euch mit an die Infostände, bringt eure Überzeugung und eure Argumente „an den Mann“! Geht mal wieder in euren OV und bietet eure Mitarbeit an. Ihr werdet gebraucht!

Die Landtagswahlen im Saarland, Thüringen und Sachsen vor der Bundestagswahl und die Landtagswahl in Brandenburg können hochinteressante Ergebnisse zeitigen. Für Schwarz/Gelb stehen die Ergebnisse nicht gerade gut.

Unsere Nachbarn in Vorarlberg, die am 20.09.2009 Landtagswahl haben, kämpfen buchstäblich an der Wand um Platz 2 hinter der ÖVP.

Unsere Nachbarn in der Schweiz haben übrigens am 27.09.2009 auch Abstimmungen. Das sind jedoch keine Parlamentswahlen.

Nach dem Fernsehduell ist eines klar geworden: der Abstand Steinmeiers zu Merkel ist nicht nur kleiner geworden – es zeigt sich ganz deutlich: Merkel will oder kann nicht sagen, was sie tun will. Unser Kandidat bot Inhaltliches. Union und Merkel mussten Steinmeiers Feststellung der Unmöglichkeit von Steuersenkungen hinnehmen. Die Angst der Union vor dem „Beinahe-Debakel“ von 2005 verbietet ihr, auf das Leipziger Programm zurückzugreifen.

Schwarz/Gelb ist keine Alternative zu einer möglichen Mehrheit für die Richtung Rot/Grün. Schade, dass die Linke im Bund nicht koalitionsfähig ist.

**es grüßt Sie
die Redaktion**

Karl-Heinz König, Willi Bernhard

Inhaltsverzeichnis

- **Gemeinsam kann Großes entstehen – Schatten und ein paar Irrlichter - Schwarz-Gelb und die Krise - Für neuen Bildungsaufbruch - "Es gibt viel zu tun" - Mehr Schutz für Europas Verbraucher - Kampf um die Milch - Sprecher der Fraktion - „Es ist untersagt, einen Oettinger zu bedrängen“ - Sanierungen und Klimaschutz - KV Bodensee – MdL Norbert Zeller, Bundestagskandidat Jochen Jehle: Zeller stellt kleine Anfrage zu B 30 RV Süd und B 31 Friedrichshafen - Immenstaad – Landesregierung soll den Milchbauern endlich helfen - SPD und Jehle starten in den heißen Wahlkampf - **Empfang der Stimmenkönige - Hubertus Heil in Überlingen - Jusos und Jehle im Altenheim St. Ulrich - Arbeitsplätze von morgen****
- **Zukunft von T-City – Wie Asylbewerber in Überlingen leben** S. 2-11
- **SBI: Prix Wasserfrau an Kirchenfrauenkabarett verliehen - SP Schweiz – Kanton Thurgau: Unfaire Abstimmungsbotschaft – Kanton SG: Abstimmungen vom 27. September + Parolenspiegel** S. 12-14
- **Aufklärung im „Fall Dermont“ dringend notwendig - Keine unnötigen Strassen durchs Toggenburg** S. 14-15
- **SPÖ Vorarlberg: ORF/VN-Diskussion im CUBUS – fehlendes Wirtschaftsgeld -** S. 15-16
- **Leistbare Jugendwohnungen – Kreis BC- Martin Gerster: Kreisverkehr Ziegelwiese – Ortsumfahrung Unlingen - "Wir brauchen jetzt ökologischen Aufschwung" - "Verluste werden nicht vom Steuerzahler getragen" – Biberacher Schulmeile – Hausbesuche in Laupheim und Wain - Gerster: Bürgersprechstunde – Alles Sozialdemokraten? - SPD KV RV: Jenter: Entwurf für Ausbau 30 RV Süd nachbessern“ - – BavarnSPD: Brief von Pronold – Termine - Deutschland hinkt bei Bildung hinterher – Steinmeier gewinnt mit überzeugendem Auftritt - Einladung Infoabend – Herbsttagung der SBI** S. 17-25



„Gemeinsam kann Großes entstehen!“

„Die Arbeit von morgen“ – der Deutschland-Plan: Frank-Walter Steinmeier hat sehr konkrete Ideen von der Zukunft. Ein Ziel lautet: Vollbeschäftigung bis 2020.

Frank-Walter Steinmeier packt an! Intensiv wird das von den Medien „Deutschland-Plan“ getaufte Zukunftskonzept diskutiert – und gelobt: „Das Projekt Vollbeschäftigung ist ein Projekt, das jeder Regierung gut ansteht, und jede Partei muss sagen, wo es denn hingehen soll, wenn man dort hinkommen will. Das macht die SPD“, sagt etwa Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Und der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber betont: „Sicherheit der Arbeitsplätze ist für die Menschen heute die wichtigste Frage. Darauf gibt Steinmeier eine kluge Antwort“ (mehr Reaktionen: www.frank-walter-steinmeier.de). Anfang August stellte Frank-Walter Steinmeier seinen Zukunftsentwurf in einer Vortragsveranstaltung der Karl-Schiller-Stiftung in Berlin vor – als das „Kursbuch für den Neustart der sozialen Marktwirtschaft“. Bis zu vier Millionen neue Arbeitsplätze seien bei den richtigen politischen Weichenstellungen möglich, sagte der SPD-Kanzlerkandidat bei der Vorstellung seines wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Gesamtkonzepts für das nächste Jahrzehnt. Entwickelt hat er seine Vorschläge in den vergangenen

nen Monaten nach intensiven Beratungen mit Praktikern und Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Dabei beschreibt der SPD-Kanzlerkandidat nicht nur Ziele für das Jahr 2020, sondern ganz konkret auch die politischen Weichenstellungen, die dafür notwendig sind. Es geht darum, in den nächsten zehn Jahren Vollbeschäftigung und eine gerechtere Einkommensverteilung zu erreichen. Mit Unternehmen, die sozial und ökologisch nachhaltig investieren und verantwortlich handeln. Es geht um die volle Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen der Wirtschaft, und es geht um entschlossene Haushaltskonsolidierung.

„Ausrüster der Welt“ für Umwelttechnologien

Kern des Konzepts ist eine wirtschaftspolitische Neuorientierung mit einer Stärkung des Produktionsstandortes, vor allem durch den konsequenten Ausbau von Erneuerbaren Energien und Umwelttechnik sowie die enge Verknüpfung von industrieller Produktion mit produktionsorientierter Software-Entwicklung. „Die nächste industrielle Revolution“, so Steinmeier, wird traditionelle Produktion mit umweltschonenden Technologien verknüpfen“. Bis zu zwei Millionen Arbeitsplätze könnten so entstehen. Denn „kein Land“, sagte der SPD-Kanzlerkandidat unter dem Applaus der Wirtschaftsvertreter, „hat bessere Voraussetzungen, zum Ausrüster der Welt für neue energiesparende Produkte und Maschinen zu werden“. Vor allem den Mittelstand will der Sozialdemokrat weiter stärken. Der zweite Bereich mit hohem Beschäftigungspotenzial ist der Dienstleistungssektor. Vor allem in der Gesundheitswirtschaft könnten bis zu eine Million zusätzlicher Arbeitsplätze entstehen, jeweils weitere 500.000 in den den sogenannten Kreativbranchen sowie in anderen Dienstleistungen.

Binnenwirtschaft stärken

Damit die Binnenkonjunktur, gerade in internationalen Krisen mit einbrechenden Exporterlösen, eine zusätzliche Stütze sein kann, bekräftigt der Deutschland-Plan die Forderung der SPD nach einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Zusätzlich können gezielte öffentliche Investitionen die wirtschaftspolitische Neuorientierung unterstützen und auch die Binnenwirtschaft stärken. Zentrale Bedeutung für Wachstum und zusätzliche Arbeitsplätze kommt auch dem Ausbau der Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsnetze zu – den „Lebensadern der Volkswirtschaft“, wie Steinmeier betont. Bereits 2010 will er eine Lösung für ein schnelles Breitbandnetz für alle auf den Weg bringen. Ein „intelligentes Energienetz“ soll zudem den Ausbau der Erneuerbaren Energien flankieren, und das Verkehrsnetz durch flächendeckende Telematiksysteme entlastet werden.

Hervorragende Bildung für alle

Dabei weiß der SPD-Kanzlerkandidat, dass die Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung vor allem in hervorragender Bildung für alle liegt. Das heißt: Keine Gebühren von der Kita bis zur Hochschule, eine Aufwertung von Lehrer- und Erzieherberufen und deutlich bessere Integration von Kindern mit Migrationshintergrund. Das Ziel: 2020 soll kein Jugendlicher ohne Abschluss die Schule verlassen, die Hälfte eines Jahrgangs das Abitur oder Fachabitur erreichen und Kinder mit Migrationshintergrund sollen ihrem Bevölkerungsanteil entsprechend an weiterführenden Schulen lernen. Weil das alles Geld kostet, hat die SPD klare Finanzierungsvorschläge gemacht mit höheren Steuern auf sehr hohe Einkommen. Immer wieder machten die Gäste ihre Zustimmung durch anhaltenden Beifall deutlich, auch an dieser Stelle. Denn Unternehmerinnen und Unternehmer wissen: „Moderne Wirtschaftspolitik muss auch Gesellschaftspolitik sein“, wie Steinmeier Karl-Schiller zitierte.

Der Aufbruch zum Besseren

Abschließend warnte der SPD-Kanzlerkandidat davor, dass die klaren Regeln für die internationalen Finanzmärkte, von denen die Krise ausgegangen war, nicht umgesetzt werden. „Wir müssen dafür sorgen, dass sich das Fenster für umfassende Reformen nicht wieder schließt, bevor wir die notwendigen Maßnahmen durchgeführt haben.“ Wieder bestätigten die Gäste Steinmeier, auch in seinem Appell für einen echten, umfassenden Neuanfang: „Ich will kein Weiter- So“, bekräftigte der SPD-Kanzlerkandidat. „Ich will einen Aufbruch zum Besseren. Seien wir nicht kleinmütig! Setzen wir uns ehrgeizige Ziele! Trauen wir uns gemeinsam etwas zu, nur so kann Großes entstehen.“

Nachrichten für Redakteure

Schatten und paar Irrlichter

Glänzen konnte kein Unions-Minister in der Bundesregierung. Manche(r) scheint auch schon auf dem Absprung.

Frau Merkel will kein Schattenkabinett vorstellen. Dass die Unionsminister bislang meist im Schatten standen, ist ja bekannt. Bildungsministerin Annette Schavan hat kaum Spuren hinterlassen. Nach der Wahl soll sie in die Konrad-Adenauer-Stiftung abgeschoben werden. Wolfgang Schäuble soll hingegen zur Europäischen Kommission gehen. Er war auch nicht erfolgreich – zum Glück: Aushebelung des Grundgesetzes bei Online-Durchsuchungen und BKA-Gesetz, Lockerung des Folterverbots, Internierung von Verdächtigen, Bundeswehreininsatz im Inneren, Abschuss von Flugzeugen – die SPD konnte vieles verhindern. Derzeit hat Schäuble nur noch Angst vor Herrn Schreiber. Dies gilt auch für Verteidigungsminister Franz Josef Jung. Er war Anfang der neunziger Jahre Generalsekretär der CDU Hessen, als besonders viele Schwarzgeld- Millionen unter der Rubrik „jüdische Vermächtnisse“ verschoben wurden. Und Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner? Die machte das, was ihr Chef Seehofer populistisch vorgab. Doch wenigstens Ursula von der Leyen war toll? Zu Beginn hat sie zu Recht gute Noten für ihre sozialdemokratische Politik bekommen. Elterngeld, Ausbau der Kinderbetreuung stammten von der SPD. In bunten Magazinen ist sie immer noch präsent. Doch die Ergebnisse stimmen nicht mehr. Ihre vorgelegten Gesetzentwürfe zu Kinderschutz und gegen Kinderpornografie waren handwerklich mangelhaft. Dass Frauen die größten Opfer von Dumping-Löhnen sind – kein Thema für die Ministerin. Wenn es ernst wird, bleibt es still im Fotostudio von der Leyen. Ähnlich läuft das im Hause Guttenberg. Wo der Adelige auftritt, hört man schöne, eloquente Reden. Doch schaut man genau hin, dann findet man nichts Konkretes vom Minister. „Sichtbar zustande gebracht hat er bislang zwei Dinge: Ein Foto auf dem Broadway in New York und ein Foto auf dem roten Teppich in Bayreuth“ (Süddeutsche, 04.08.09). Blickt man auf seine politischen Forderungen, steht nur die sozial ungerechte Politik von Schwarz-Gelb zu Buche. Und Frau Merkel? Auch sie ist beliebt, weil sie nicht sagt, für was sie steht. Konturen bekommt sie erst, wenn man sich das Programm des Wirtschaftsflügels der Union sowie ihres Wunschpartners FDP ansieht. Die Bürger würden „ihre“ Merkel nicht wieder erkennen.

Nachrichten für Redakteure

Schwarz-Gelb und die Krise

Deutschland 2009 – was, wenn Schwarz-Gelb jetzt regiert hätte? Ein Gedankenspiel

Was wäre, wenn Schwarz-Gelb 2005 die Wahlen gewonnen und nun in der Krise regiert hätte? Zur Erinnerung: Die FDP wollte damals unter anderem einen Kündigungsschutz nur ab vier Jahren Beschäftigung und in Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten. Die Arbeitslosenversicherung wollte sie zu einer Teilkasko-Versicherung machen, die aktive Arbeitsmarktpolitik sollte weitgehend abgeschafft werden. CDU/CSU stimmten diesen Plänen grundsätzlich zu.

All das wäre heute wohl Gesetz. Die Folge: Jeder zweite Beschäftigte wäre in der Krise ohne Kündigungsschutz. Die Verlängerung und Vereinfachung der Kurzarbeit, die heute vielen Hunderttausend Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern den Job rettet, wäre wohl so nicht mehr möglich gewesen. Am schlimmsten hätten sich aber die Steuersenkungen ausgewirkt. Die Einführung der Reichensteuer hätte es ohne die SPD nicht gegeben. Stattdessen sollte der Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer massiv gesenkt werden. Die Folge: In der Krise hätte der Staat zu wenig Substanz gehabt regulierend einzugreifen. Hat sich Schwarz-Gelb inzwischen verändert? Nein. Trotz der Krise kein Umdenken. Schwarz-Gelb will weiter den Kündigungsschutz schleifen. Eine Verlängerung des Kurzarbeitergeldes auf 24 Monate lehnte die CDU lange Zeit beharrlich ab. Michael Fuchs: „Das ist mit der Union nicht zu machen, weil es die Beitragszahler zu stark belastet.“ (BILD, 20.2.09) Schwarz-Gelb will – oder kann – keine Lehren aus der Krise ziehen. Angela Merkel sagte bereits, dass nach dem Ende der Krise wieder „die alten Grenzen“ zu ziehen seien (BILD, 11.3.09). Derart scheiterte auch der Vorschlag der SPD, Vorstandsvergütungen und -abfindungen oberhalb von einer Million Euro nur noch zur Hälfte steuerlich geltend zu machen. Die Union lehnte ab. Die Wirtschafts- und Finanzkrise war aber kein Betriebsunfall. Es darf kein Zurück zu den alten Regeln geben. Die Ideologie, die uns in die Krise geführt hat, darf nicht die Antwort auf diese Krise sein.

Nachrichten für Redakteure

Für einen neuen Bildungsaufbruch

Andrea Nahles ist verantwortlich für Bildung und Integration im Team Steinmeier. Ihr Ziel: Die Übergänge verbessern, zwischen Kita und Schule, denn hier "geht zu viel Wissen über die Kinder verloren". aber zum Beispiel auch zwischen Schule und Beruf. Besonders da reiche "die Berufsorientierung trotz aller Bemühungen nicht aus".

Integration und Bildung sind zwei Themen, die eng zusammen hängen, erklärt Nahles im Interview mit der Süddeutschen Zeitung (Mittwochs Ausgabe): "Integration ist oft mehr ein soziales Problem als eines der Herkunft." Kinder aus Migrantenfamilien sind

doppelt so häufig ohne Schulabschluss und Ausbildung. "Deshalb", so Nahles: "Bildung, Arbeit und Integration gehören zusammen." Ein Ministerium für Bildung und Integration könnte viel erreichen und brächte "Schwung in die Integrationsbemühungen".

Kooperationsverbot abschaffen

"Fortschritte bei der Bildung dürfen nicht am Streit um Zuständigkeiten scheitern", bekräftigt Nahles. Seit 2006 ist im Grundgesetz das Kooperationsverbot verankert, das eine Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen in wichtigen bildungspolitischen Fragen nicht mehr zulässt. Für Nahles hat sich das Verbot "in dieser Form nicht bewährt". In einem föderalen System müsse "die Zusammenarbeit aller zu jeder Zeit möglich sein", sagt Nahles. Deshalb, so ihre Forderung "brauchen wir eine Grundgesetzänderung".

Fortschritte dürfen nicht an Zuständigkeiten scheitern

Bislang ist die Kooperation nur in Notfällen möglich. "Das kann man ändern", unterstreicht die stellvertretende Parteivorsitzende. "Es gibt eine gemeinsame Bildungsverantwortung von Bund, Ländern und Kommunen", so Nahles. Eine generelle Zusammenarbeit müsse möglich sein. Ihre Vision für einen "neuen Bildungsaufbruch": "Nicht Ressort und Zuständigkeiten stehen im Zentrum, sondern der gemeinsame Wille, die Probleme in unserem Bildungssystem zu lösen."

Nachrichten für Redakteure

"Es gibt viel zu tun"

Harald Christ ist im [Team Steinmeier](#) für Wirtschaftspolitik verantwortlich. In Interviews mit der Welt und dem Handelsblatt warnt Christ vor einer Kreditklemme und fordert entschiedene Maßnahmen zu deren Vorbeugung. Deutliche Kritik äußert er an Wirtschaftsminister zu Guttenberg, der entsprechende Schritte "verschlafen" habe.

Kreditklemme verhindern

Da "muss Druck rein", fordert Christ im Interview mit dem Handelsblatt (Donnerstagsausgabe). Insgesamt würden weniger Kredite vergeben. Eine "Pleietwelle" könnte die Folge sein. Der Beauftragte der SPD für den Mittelstand appelliert daher an die Banken, "ihrer Finanzmarktverantwortung" nachzukommen.

Niedrige Einkommen entlasten

Die Nachfrage der Konsumenten zu stärken, ist eine weitere von Christs Forderungen für den Mittelstand. Daher macht er sich für "Entlastungen im unteren Einkommenssteuerebereich" stark. Die Entbürokratisierung müsse zudem "kraftvoll angepackt" werden.

Auch werde der Mittelstand von Frank-Walter Steinmeiers [Deutschland-Plan](#) "auf breiter Front" profitieren, unterstreicht Christ.

Aufstieg aus einfachen Verhältnissen

Geprägt ist Christ durch seine Herkunft aus einfachen Verhältnissen, wie er im Interview mit der Welt (Mittwochsausgabe) erklärt. Gerne hätte er nach der Schule eine Banklehre gemacht. "Meine Zeugnisse waren gut, die Tests waren gut." Aber bei der Deutschen Bank in Mannheim hätte man ihn "vom Hof geschickt". Begründung: "Ihr sozialer Hintergrund passt nicht zu unserer Kundschaft."

Aus eigener Kraft hat sich Christ dann hochgearbeitet. 1989 durch eine Ausbildung zum Industriekaufmann bei den Stadtwerken Worms. Seit 2003 als Inhaber und Chairman seines eigenen Unternehmens. Grund genug für Christ, stolz auf das Erreichte zu sein und selbstbewusst die die anstehenden Aufgaben anzupacken. Und er weiß: "Es gibt viel zu tun."

Nachrichten für Redakteure

Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas



SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament

Mehr Schutz für Europas Verbraucher

SPD-Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt Sprecherin

Die sozialdemokratischen Abgeordneten im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments haben Evelyne Gebhardt aus Mulfingen (Hohenlohekreis) in Brüssel zu ihrer Sprecherin gewählt. Sie ist damit wieder verantwortlich für die Verbraucherschutz-Politik der zweitgrößten Fraktion im EP.

„Mich erwartet eine große Aufgabe“, sagte die baden-württembergische SPD-Abgeordnete, „denn der Verbraucherschutz in der Europäischen Union muss noch viel besser werden.“ Dazu gehöre die Vereinfachung der Gesetze, die bereits in der letzten Wahlperiode begonnen worden sei. Dazu gehöre aber auch eine politische Wende. „Wir müssen endlich Verbrauchergesetze für die Menschen machen und nicht nur für die Märkte“, unterstrich Evelyne Gebhardt. Deshalb werde sie für ein Verbraucherrecht eintreten, das den Bürgerinnen und Bürgern dient und nicht den Markttradikalismus von rechts fördert.

Zu den ersten Aufgaben des Europäischen Parlaments in der begonnenen Wahlperiode gehört die Neufassung von bisher vier Verbraucherschutzrichtlinien in einem einzigen Gesetz. Evelyne Gebhardt: „Das dient der Rechtssicherheit, macht die Sache einfacher und macht den Verbraucherschutz für jedermann durchsichtiger.“ Das bereits begonnene Gesetzesvorhaben soll in den nächsten Monaten unter sozialdemokratischer Federführung im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz vorangetrieben werden.

01.09.2009

Büro Evelyne Gebhardt

Kampf um die Milch

„Die Situation auf dem Milchmarkt ist äußerst kritisch – es ist fünf vor zwölf“, kommentierte die Agrarexpertin der SPD-Europaabgeordneten Ulrike Rodust im Europäischen Parlament die Lage der Milchbauern. Sie unterstrich: „Es ist richtig und wichtig den eingeschlagenen Weg zum Ausstieg aus der Quote weiterzugehen. Kurzfristig sind aber Maßnahmen notwendig, die die Milchbauern jetzt entlasten.“

Jetzt müsse auf die Bremse getreten werden. Gehe nämlich die Entwicklung so weiter wie bisher, bestünde die Gefahr, dass kleine Betriebe von Großbetrieben vom Markt verdrängt werden. Das wäre zum Schaden für Produzenten und Verbraucher.

„Wir brauchen jetzt konkrete Entscheidungen, die den Milchbauern aus der Krise heraus helfen und klare Visionen, wie es nach 2015 mit der europäischen Agrarpolitik weiter gehen soll. Wir müssen uns die Frage stellen, welchen Weg wir einschlagen wollen. Am Ende dieses Weges brauchen wir pragmatische Antworten und vernünftige Preise für Verbraucher und Produzenten gleichermaßen“, appellierte Ulrike Rodust abschließend.

Europa Aktuell Nr. 9/2009

Sprecher der Fraktion

Die sozialdemokratischen Abgeordneten im Europäischen Parlament haben sechs SPD-Abgeordnete zu Koordinatorinnen und Koordinatoren in wichtigen Ausschüssen gewählt. Sie sind federführend für die Politik der zweitgrößten EP-Fraktion in den jeweiligen Ausschüssen.

Als Koordinatoren vertreten sie auch die Interessen der europäischen Sozialdemokraten gegenüber den anderen Fraktionen im Europäischen Parlament, der EU-Kommission und dem Ministerrat. Gegenüber der Öffentlichkeit erfüllen sie die Aufgabe der Fraktions-sprecher.

Das sind die SPD-Abgeordneten in Schlüsselpositionen: Udo Bullmann (Koordinator im Ausschuss für Wirtschaft und Währung), Jens Geier (Koordinator im Ausschuss für Haushaltskontrolle), Evelyne Geb-

hardt (wiedergewählte Koordinatorin im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz), Constanze Krehl (wiedergewählte Koordinatorin im Ausschuss für Regionale Entwicklung), Bernhard Rapkay (Koordinator im Rechtsausschuss) und Ulrike Rodust (Koordinatorin im Fischereiausschuss).

Die baden-württembergische SPD-Abgeordnete Evelyn Gebhardt ist bereits seit 2004 als Koordinatorin für Verbraucherschutzpolitik verantwortlich.

Europa Aktuell Nr. 9/2009

SPD:

„Es ist untersagt, einen Oettinger zu stark zu bedrängen, vor allem in Horb“

Medienexpertin [Birgit Kipfer](#): „Was wollen die Presseleute eigentlich?“

„Was wollen die Presseleute eigentlich?“, fragt Birgit Kipfer, medienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Ministerpräsident Günther Oettinger habe der TV-Journalistin von „Panorama“ doch ganz klar gesagt, was Sache ist: Herr Oettinger möchte kein Interview zu dieser Frage Bonuszahlungen für Bankmanager führen. Basta! Deshalb betonte Staatsminister Wolfgang Reinhart dies in seiner neuen Antwort auf die Anfrage von Birgit Kipfer zu Recht: „Der Redaktion von Panorama war von vornherein bekannt, dass sich der Herr Ministerpräsident zu diesem Fragekomplex nicht äußern wird.“

Die SPD sei froh, dass Oettinger sich hier nach intensivem Nachdenken zu einer wirklich klaren Haltung durchgerungen habe. Und er halte sie sogar durch, erklärte Kipfer, selbst vor einem Mikrofon. Deshalb betont die SPD-Abgeordnete: „Wenn Herr Oettinger klar und deutlich sagt, dass er nichts sagen will, dann hat er nichts zu sagen und muss auch nichts sagen!“ Schließlich sei das auch im Interesse des Landes, wenn Oettinger nichts sage. Wer anderes fordere, verkenne die Landesverfassung. Darin stehe doch klipp und klar: „Es ist untersagt, einen Oettinger zu stark zu bedrängen, vor allem in Horb.“

Wenn ein Journalist sich nicht daran halte, sei er im Übrigen selbst daran schuld. Es sei völlig klar, dass ansonsten die Chefs dem Staatsministerium darzulegen hätten, wer die Reise der Presseleute bezahle. Jeder wisse doch, wie streng Oettinger auf seine „eigenen Anstalten“ achte, betonte Kipfer. Und das völlig zu Recht: „Wo kommen wir denn da hin, wenn sich eine Journalistin an Oettingers Fersen heftet – und dann auch noch ohne schriftliche Anmeldung!“

Allerdings, die SPD-Fraktion kritisiert auch ganz klar, dass Reinhart es in seiner Antwort übertreibe. Es sei völlig überflüssig zu betonen, dass „eine Einschränkung der Rundfunk- oder Pressefreiheit“ weder intendiert gewesen sei noch dass sie sich aus den Äußerungen des Herrn Ministerpräsidenten ergebe. Wer denke denn so was?

(Drucksache 14/4980)

Stuttgart, 1. September 2009

[Dr. Roland Peter](#),

Pressesprecher

Neue SPD-Anfrage ergibt:

Für Sanierungen und Klimaschutz muss das Land acht Milliarden Euro ausgeben

Finanzexperte [Nils Schmid](#): „Die Regierung Oettinger muss die Sanierungs- und Klimaschutzmaßnahmen erheblich verstärken - ansonsten zeigt sich, dass es ihr nicht darum geht, ihre Aufgaben wahrzunehmen, sondern öffentlich gut dazustehen“

Die SPD-Fraktion kritisiert, dass die Landesregierung in ihrer Finanzpolitik den großen Sanierungsbedarf der öffentlichen Gebäude weitgehend außer Acht lässt. Die neue Antwort auf eine SPD-Anfrage ergibt, dass das Land knapp acht Milliarden Euro aufwenden muss, um seine Gebäude zu sanieren und entsprechend der Klimaziele umzurüsten. Damit sei endgültig klar, dass die Landesregierung ihre angebliche Nettounverschuldung nur erreicht habe, weil sie die Sanierung der Gebäude vernachlässigt habe, sagte der SPD-Finanzexperte Nils Schmid. „Die Nettounverschuldung ist nichts anderes als ein Etikettenschwindel.“ Wichtig sei auch, dass das Land offenbar nicht nur die Sanierung vernachlässige, sondern auch die Umrüstung der Gebäude für den Klimaschutz. „Ministerpräsident Oettinger und Finanzminister Stächele wollen sich öffentlich unbedingt als solide Finanzpolitiker darstellen - auch um den Preis, ihre Aufgaben zu vernachlässigen“, sagte Schmid.

Der Sanierungs- und Modernisierungsbedarf an den Hochschulgebäuden beträgt knapp 3 Milliarden Euro, an den Universitätskliniken liegt er bei einer Milliarde, an den Zentren für Psychiatrie bei 287 Millionen Euro. Außerhalb von Hochschulen und Klinika kommt ein Sanierungsbedarf an den weiteren landeseigenen Gebäuden von rund zwei Milliarden Euro hinzu.

Insgesamt muss das Land allein für die Sanierung seiner Gebäude 6,3 Milliarden aufwenden. Hinzu kommen Ausgaben für den Klimaschutz an allen Landesgebäuden von 1,5 Milliarden Euro. In der Antwort kündigte Finanzminister Stächele an, die Klimaurüstungen vorrangig in Verbindung mit Sanierungsmaßnahmen umzusetzen. Dies sei zwar richtig,

um Geld zu sparen. Aber es bedeute auch, dass die Klimaurüstungen so lange auf sich warten ließen, bis die Sanierungsarbeiten abgeschlossen seien, sagte Schmid.

Damit fehlen knapp acht Milliarden Euro im Landeshaushalt, die die Landesregierung in ihre Berechnungen einbeziehen müsse, sagte Schmid. Offensichtlich habe die Landesregierung die Sanierungen bisher stark vernachlässigt. „Je länger aber die Landesregierung die Sanierungen hinauszieht, desto teurer werden sie.“ Damit werde das Vermögen des Landes und seiner Bürger von der Landesregierung aufs Spiel gesetzt. Der Finanzexperte kritisiert deshalb stark die Planung, nach dem bisherigen Tempo die jetzt schon bekannten Sanierungen erst bis in 18 bis 20 Jahren abzarbeiten – zumal der Sanierungsbedarf ständig größer werde. Auch die Umsetzung der Klimaziele könne auf keinen Fall so lange warten. „Die Regierung Oettinger muss die Sanierungs- und Modernisierungsarbeiten erheblich verstärken“, forderte Schmid. „Ansonsten zeigt sich, dass es der Regierung Oettinger nicht darum geht, ihre Aufgaben wahrzunehmen, sondern öffentlich gut dazustehen.“

Stuttgart, 27. August 2009

[Dr. Roland Peter](#),

Pressesprecher



Zu B 30 Ravensburg Süd und B 31 Friedrichshafen-Immenstaad

Norbert Zeller stellt kleine Anfrage

In einer kleinen Anfrage an die Landesregierung hat der Abgeordnete der Bodenseeregion, Norbert Zeller SPD, die CDU/FDP-Regierung in Stuttgart aufgefordert zu beantworten, wie die Landesregierung die Tatsache bewertet, dass die B 30 Süd Ravensburg und die B 31 Friedrichshafen West-Immenstaad nicht im ersten Haushaltsentwurf der Bundesregierung aufgenommen sind. Er will wissen, was das Land nun unternehmen wird, um beide Maßnahmen zu einem möglichst schnellen Baubeginn zu bringen. Dazu muss seines Erachtens die Landesregierung mit großem Nachdruck nun bei der Besprechung mit dem Bund darauf drängen, dass diese beiden Straßenabschnitte in das Bauprogramm 2010 aufgenommen

werden. Gegebenenfalls muss die Landesregierung sagen, welche anderen Projekte zugunsten der B 30 und B 31 zurückgestellt werden.

Erforderlich ist, dass sämtliche notwendigen Unterlagen bei Bund vorliegen. Ob dies die Landesregierung auch versichern kann, hat Zeller in seiner kleinen Anfrage nachgehakt. Ebenso will er wissen, wie erreicht werden kann, dass mit der Baureifeplanung vor Aufnahme in das Bauprogramm des Bundes begonnen werden kann. Die Landesregierung muss nun innerhalb von drei Wochen auf seine Fragen Antwort erteilen. Beide Straßenabschnitte sind für die gesamte Region von entscheidender Bedeutung, führt Zeller in seiner Begründung aus. „Es muss darum gehen, dass mit vereinter politischer Anstrengung gehandelt wird“, so Zeller, „denn wenn wir hier in der Bodenseeregion nicht gemeinsam agieren, freuen sich anderswo Regionen mit Straßenbauprojekten.“

Ausdrücklich versichert auch der oberschwäbische Bundestagsabgeordnete, Martin Gerster, dass er sich weiterhin mit Nachdruck für die beiden Straßenprojekte in Berlin einsetze. Gerster betonte, dass eine endgültige Entscheidung noch nicht gefallen sei.

Mit den beiden Abgeordneten, Zeller und Gerster, ist auch der Bundestagskandidat der SPD Jochen Jehle dieser Auffassung und appelliert an den Bund, dass um nicht unnötig Zeit zu verlieren, Bund und Land vereinbaren sollten, mit der Baureifeplanung sofort zu beginnen.

LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG
Drucksache 14/

14. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abg. Norbert Zeller, SPD

B 30 Ravensburg Süd und B 31 Friedrichshafen-Immenstaad

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass die B 30 Süd in Ravensburg und die B 31 Friedrichshafen West-Immenstaad nicht im ersten Haushaltsentwurf der Bundesregierung aufgenommen sind?
2. Was wird die Landesregierung unternehmen, um beide Maßnahmen zu einem möglichst schnellen Baubeginn zu bringen?
3. Ist die Landesregierung bereit, die B 30 Süd Ravensburg und B 31 Friedrichshafen West-Immenstaad bei den Bauprogrammbesprechungen der Länder mit dem Bund als

höchst prioritär für das Bauprogramm 2010 einzustufen?

4. Ist die Landesregierung bereit andere Maßnahmen im Land für die oben genannten Projekte zurückzustellen um eine Aufnahme in den Haushalt 2010 zu ermöglichen?
5. Kann die Landesregierung versichern, dass die für die Aufnahme in das Bauprogramm notwendigen Unterlagen alle beim Bund vorliegen?
6. Wie kann erreicht werden, dass mit der Baureifeplanung vor Aufnahme in das Bauprogramm des Bundes begonnen werden kann?

Stuttgart, 14.09.2009

N. Zeller

Norbert Zeller

Begründung:

Im Haushaltentwurf der CDU/SPD Bundesregierung ist offensichtlich die B 30 Süd Ravensburg und B 31 Friedrichshafen-Immenstaad nicht enthalten. Beide Maßnahmen sind jedoch für die gesamte Region von entscheidender Bedeutung. Deshalb muss es nun darum gehen, die beiden Straßenabschnitte, die Teil des Planungsfalls 7.5 sind, mit vereinter politischer Anstrengung zeitnah voranzubringen. Das Land Baden-Württemberg muss alles daran setzen, dass in der anstehenden Bauprogrammbesprechung mit dem Bund beide Maßnahmen in den Bundeshaushaltsentwurf aufgenommen werden. Um nicht unnötig Zeit zu verlieren, sollten Bund und Land vereinbaren, dass mit der Baureifeplanung sofort begonnen werden kann.

01.09.2009

Büro Norbert Zeller, MdL

Bäuerliche Familienbetriebe in der Region Bodensee-Oberschwaben auf Dauer erhalten

Zeller:

Landesregierung soll den Milchbauern endlich helfen

Norbert Zeller fordert die Landesregierung auf, angesichts der Notlage der Milchbauern endlich wirksame Maßnahmen zu ergreifen. Es reiche nicht aus, auf großagrarische Unternehmen zu setzen, die den bäuerlichen Familienbetrieben in Baden-Württemberg schaden. Die Landesregierung solle sich deshalb im Bundesrat dafür einsetzen, dass die produzierte Milchmenge in Deutschland als Sofortmaßnahme

reduziert werde, um kurzfristig Milch vom Markt zu nehmen. „Die Marktgläubigkeit der Landesregierung hilft den Landwirten nicht“, erklärt Zeller. Zudem müsse die Landesregierung mithelfen, so schnell wie möglich die Vermarktungsstrukturen der Landwirte zu verbessern.

„Die bäuerlichen Familienbetriebe in der Region Bodensee-Oberschwaben müssen auf Dauer erhalten werden“, verlangt Norbert Zeller. Die Marktorientierung der Landesregierung führe aber dazu, dass sich die großagrarischen Betriebe aus dem Norden und Osten Deutschlands auf Kosten der Familienbetriebe durchsetzen. Dies ist leider auch sein Fazit aus der Antwort der Landesregierung auf seine kleine Anfrage zu den Problemen der Milcherzeuger.

Darin gibt die Landesregierung zu, dass ein Gewinnrückgang von 45 bis 55 % gegenüber dem Vorjahr 2007/2008 bei den Milchbauern zu verzeichnen ist. Die Zahl der Milch erzeugenden Betriebe ist laut Landesregierung jährlich um 4 bis 5 % zurückgegangen. „Sofern die derzeitige Milchpreissituation andauert, ist davon auszugehen, dass sowohl der Strukturwandel bei den Milchviehbetrieben beschleunigt wird, als auch auf Ebene der Molkereien strukturell Anpassungsprozesse nicht auszuschließen sind.“, heißt es wörtlich in der Antwort des Ministeriums auf die Anfrage von Norbert Zeller. Das zeigt für den Abgeordneten der Bodenseeregion ganz deutlich, dass die Landesregierung dem derzeitigen Prozess, der den Tod der bäuerlichen Betriebe bedeutet, nur zusieht aber nicht handelt.

Auf seinen Vorhalt, was das Land nun aktuell für die Milchbauern tun werde, verweist die Landesregierung auf die EU. Im Jahr 2015 fällt eine staatliche Begrenzung der produzierten Milchmenge über die Quotenregelung dann völlig weg. „Bis zum Auslaufen der Milchquotenregelung sieht die Landesregierung einseitige nationale Maßnahmen zur Mengengrenzung als kritisch an“, heißt es wörtlich in der Antwort auf die Zellersche Kleine Anfrage. Das ist für Zeller ein klarer Widerspruch zu der von der Landesregierung den Milcherzeugern gegenüber hervorgehobenen „herausragenden Bedeutung, die erhalten bleiben soll“, Zitat aus der Antwort der Landesregierung. „Hier wird vom Land doch klar belegt, dass nur zugesehen werden soll, wie kleine bäuerliche Milchbetriebe vor die Hunde gehen“, so Zeller, auch wenn großspurig deren Wichtigkeit erklärt wird. „Wie in jedem anderen Bereich der Wirtschaft wird auch die Zukunft der Milchwirtschaft in erster Linie durch wettbewerbsorientierte und zukunftsfähige Betriebe gesichert“, so der Wortlaut der Landesregierung. „Eine deutliche Verbesserung der Preise wird sich erst einstellen, wenn das Ungleichgewicht im Markt beseitigt ist, d. h. entweder die Nachfrage wieder stärker steigt oder das Angebot zurückgeht“, erklärt die Landesregierung. „Das geht dann voll zu

Lasten der bäuerlichen Familienbetriebe“, muss Zeller bedauern, Er fordert daher nun vom Land, dass es sich im Bundesrat dafür einsetzt, dass die produzierte Milchmenge in Deutschland als Sofortmaßnahme reduziert wird, um kurzfristig die Milch vom Markt zu nehmen und so sofort den Milchbauern das Überleben möglich zu machen.

01.09.2009

Büro Norbert Zeller, MdL



Jochen Jehle

SPD und Jehle starten in den heißen Wahlkampf

Die zwei größten Ortsvereine im Wahlkreis geben am Samstag dem 5.9. den Startschuss für die heiße Wahlkampfphase im Wahlkreis Bodensee. Die SPD Überlingen begrüßt um 9.30 Uhr im Kursaal in Überlingen Generalsekretär Hubertus Heil und Bundestagskandidat Jochen Jehle zum politischen Frühschoppen. Für die musikalische Umrahmung sorgt ab 9 Uhr die Junge Harmonie Lippertsreute und für Kinder gibt es ein Entenrennen.

Einheizen wird auch der SPD Ortsverein Friedrichshafen ab 16 Uhr im Naturfreundehaus an der Rotach in der Untereschstraße. Neben dem Barbeque gibt es brandaktuelle Beiträge von Jochen Jehle und dem Ortsverein zum Bundestagswahlkampf. Auch hier sorgen die schnellen roten Enten für Unterhaltung von Groß und Klein.



Bundestagskandidat Jochen Jehle und Mitglieder der SPD Friedrichshafen werben im Gegensatz zur CDU mit Plakaten für wichtige Wahlkampfthemen

Weitere prominente Unterstützung erhält Jehle am 9. September von Claus Schmiedel, dem Vorsitzenden

der SPD Landtagsfraktion Baden-Württemberg. Nach einem Besuch bei T-City reichen Jehle, Schmiedel und MdL Norbert Zeller Bildungshappen in der Fußgängerzone von Friedrichshafen. Am 10. September ist die Juso Vorsitzende Franziska Drohsel zu Gast im Wahlkreis und am 17.9. diskutieren Jehle, MdB Peter Friedrich und MdL Norbert Zeller bei einer Abendveranstaltung in Überlingen mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern. Absoluter Höhepunkt in der Region wird der Besuch von Franz Müntefering am 18.9. um 14 Uhr auf dem Marienplatz in Ravensburg.

Die Mitglieder der Ortsvereine setzen bis zur Bundestagswahl zudem auf einen regen Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern zum Wahlprogramm auf den Wochenmärkten der Region. Jochen Jehle tourt zu über 20 dieser Infostände und steht den Bürgerinnen und Bürgern für Gespräche und Diskussion zur Verfügung.

Tagesaktuelle Informationen dazu und zu weiteren Veranstaltungen, bei denen die Bürger Jochen Jehle kennen lernen können, gibt es unter

www.jochen-jehle.de.

Jochen Jehle, Bundestagskandidat

Empfang der Stimmenkönige

Der Landesverband unserer Partei hatte eine gute Idee: zum Auftritt von Frank Walter Steinmeier auf dem Marktplatz in Karlsruhe waren die Stimmenkönige der SPD aus den Kommunalwahlen im Juni als Ehrengäste eingeladen. Wir "Stimmenkönige" sind ja meistens nicht die Aktivisten und Funktionäre im Parteileben, wir sind von mehr Menschen gewählt worden als nur von Sozialdemokraten, und wir vertreten nicht immer die reine Lehre des Parteiprogramms, sondern wir müssen mit den anderen politischen Akteuren Kompromisse schließen.

Wichtige Funktion von Wahlkampfauftritten der Promis ist nicht die Werbung nach außen, sondern die Stärkung und Motivation der eigenen Leute für den Wahlkampf. Gerade bei uns Kommunalpolitikern ist das wichtig, denn unsere Wirkung ist oft größer als die der Parteivorstände.

Vor dem Auftritt Steinmeiers in Karlsruhe holte ich mir mein Armbändchen und Namensschild ab, mit denen ich in den vorderen Bereich der Zuhörer und zum anschließenden Empfang Zutritt bekam.

Ute Vogt begrüßte uns ausdrücklich. Zunächst wurden die Abgeordneten und Kandidaten aus der Karlsruher Region vorgestellt. Frank Walter Steinmeiers dreiviertelstündige Rede beschäftigte sich lange mit unseren Gegnern, ausschließlich mit Schwarz-Gelb. Er lobte die eigene Regierungsarbeit und die sozialdemokratischen Initiativen. Programmatisch skizzierte er eine Wirtschaftspolitik der Arbeitsplatzschaffung durch neue Umwelttechnologien, Mindestlöhne,

Erhöhung der Spitzensteuersätze und eine Regulierung der Finanzmärkte. Er warb für eine Bildungspolitik der Chancengleichheit und der Kostenfreiheit von der Kleinkindbetreuung bis zum Studium.

In der Energiepolitik betonte er das Festhalten am Atomausstieg und setzte auf neue Technologien, mit denen Deutschland ein Musterland in der Welt werden müsse. Er betonte, dass der Sozialstaat stark und zuverlässig sein müsse, und plädierte für eine solidarische internationale Friedenspolitik.

Alles, was ich hörte, war sehr korrekt und glaubwürdig, wurde häufig beklatscht, wenn auch nicht euphorisch.

Frank Walter Steinmeier ist ein seriöser, redlicher und glaubwürdiger Sozialdemokrat.

Während seiner Schlussätze begann es zu regnen, den anschließenden Stimmenkönigsempfang verließ ich zufrieden.

Ich bin bei den Richtigen, fand ich im Zug auf der Rückfahrt.

Euer Ossi Burger

Hubertus Heil in Überlingen

Am Samstag, den 5.9., startete Jochen Jehle, der Bundestagskandidat der SPD-Bodenseekreis die heiße Phase des Bundestagswahlkampfes bei einem politischen Frühschoppen des Ortsvereins Überlingen, der Hubertus Heil, den Generalsekretär der SPD als prominenten Teilnehmer gewonnen hatte. Dieser traf mit dem Schiff von Konstanz-Wallhausen kommend gegen 9:30 im Badgarten ein. Das Wetter war zwar wunderschön. Trotzdem konnte man nicht im Garten des Kursaals, direkt an der Uferpromenade sitzen. Dazu war es einfach zu kalt. Also trafen sich die „zahlreichen Gäste“ (Südkurier vom 7.9.2009) und deutlich weniger Genossinnen und Genossen im Foyer des Kursaals.



Von links: Jochen Jehle, Hubertus Heil, Dietram Hoffmann

Jochen Jehle stellte sich kurz vor. Er erinnerte an die Leistung der Sozialdemokraten während der letzten

elf Jahre und verwies auf die Förderung der Bildung beim Ausbau der Kinderbetreuung und der Einrichtung von Ganztageschulen im Bodenseekreis.

Der Generalsekretär hatte seine Rede zweigeteilt. Im ersten Teil befasste er sich mit den acht Themen der SPD, die da sind: Durchsetzung von Mindestlöhnen, der Sicherung von Lebenschancen durch ein freies Bildungsangebot für alle, die Förderung der erneuerbaren Energie und Beibehaltung des Ausstiegs aus der Atomkraft, die Unterstützung der Familie über alle Generationen hinweg, die „ewige“ Forderung der SPD - die echte Gleichberechtigung der Frau, Toleranz beim Zusammenleben aller Bewohner Deutschlands, klare Regeln für die Finanzwirtschaft, um eine Wiederholung der jetzigen Krise zu vermeiden und Fortschritt durch Arbeit und Bildung für nachhaltiges Wirtschaften, wie es Frank-Walter Steinmeier in seinem Deutschlandplan formuliert hatte.

Hubertus Heil wandte sich im zweiten Teil an seine am Erfolg zweifelnden Genossen. Ja, er kenne die Umfragewerte, nur seien die Unterschiede zwischen den Instituten schon so groß, dass er anfangs am Sinn dieser Meinungsbefragungen zu zweifeln. Allerdings sei er sich sicher, dass die Mehrheit der Deutschen sozialer empfinde, als das was von schwarz/gelb zu erwarten ist. Auch sei die Mehrheit der Deutschen realistischer, als das was „Die LINKE“ verspricht. Er forderte uns, die SPD-Mitglieder auf, bis zum Ende des Wahlkampfes zu kämpfen, da 40% der Wähler sich erst 3 Tage vor der Wahl entscheiden würden.

In der anschließenden Diskussion wurde er gebeten, einen großen Schmerz im Bodenseekreis, Fortschritt der Planung und des Ausbaus der B31, zu heilen. Hier musste Hubertus Heil darauf verweisen, dass zwar der Bund das Geld gibt, das Land aber die Prioritäten setzt, was, wann und wo mit den Bundesmitteln geschieht. Andere Diskussionsbeiträge befassten sich mit eindeutigen Ungerechtigkeiten beispielsweise bei Hartz IV. Er erinnerte daran, dass die Union und mit ihr auch die FDP die Schöpfer vieler dieser Ungerechtigkeiten gewesen seien, aber heute so täten, als wäre nur die Regierung Schröder die Alleinverantwortliche.

Bevor Heil wieder per Schiff nach Wallhausen zurückfuhr, spazierte er über den Überlinger Wochenmarkt. Dort bot er Überlingern und Sommergästen rote Früchte, Himbeeren, rotes Gemüse, Cocktailtomaten und lud zu politischen Gesprächen ein. Nicht nur Sympathisanten, sondern auch die, die uns ablehnend gegenüber stehen, nahmen gerne ein-zwei Beeren oder eine Tomate und ließen sich auf ein Schwätzchen ein. Hier zeigte sich, wie klein die Welt ist. Eine Besucherin von Überlingen und Hubertus Heil stellten fest, dass sie beide gemeinsame, gute Bekannte hoch im Norden haben.

Dietram Hoffmann

Jusos und Jehle im Altenheim St. Ulrich

- [Altenpflege](#)

Zusammen mit den Jusos und der Bundesvorsitzenden Franziska Drohsel besuchte Jochen Jehle das Altenheim St. Ulrich. Welche Vorstellung haben junge Leute über das Altwerden und inwieweit sind sie bereit solidarisch zu sein, das waren Diskussionspunkte beim Gespräch mit dem Leiter Wolfgang Schaub.

Bei der Besichtigung der Umbaumaßnahmen im Altenheim wurde die planerische Überlegung deutlich, Treffpunkte für Besucher und Bewohner einladend und zwanglos zu gestalten. Ein großzügiger Eingangsbereich ist gleichzeitig Aufenthaltsort für die Senioren, ein Raum der Begegnung mit Blick auf den See tut sich dem Besucher dort auf. Auf einem schönen Balkon können auch wenig mobile Senioren den Blick über den See und frische Luft genießen. Eine freundliche Atmosphäre und der sehr persönliche Umgang der Pflegerinnen und Pfleger mit den alten Menschen prägt die Einrichtung, so der Eindruck von Jochen Jehle.

Arbeitsplätze von morgen - Zukunft von T-City

- [Arbeitsplätze der Zukunft](#)

Bundestagskandidat Jochen Jehle, des SPD-Fraktionsvorsitzende Claus Schmiedel, MdL Norbert Zeller und OB a. D. Josef Büchelmeier informierten sich bei T-City, die über die Projekte E-Government und Telekommunikation in der Gesundheitsbranche. Im Bereich E-Government, wird das DE-Mail, ein sicheres Email für alle Bürger in Deutschland von T-City in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium getestet. Außerdem werden Projekte zur einheitlichen Behördennummer zusammen mit der Stadt Friedrichshafen und dem Bodenseekreis entwickelt. Ziel ist, dass der Bürger mit einer Telefonnummer eine Zentrale erreicht, die ihm direkt weiterhelfen bzw. zum richtigen Ansprechpartner vermitteln kann. Unnötiges Suchen im Behördendschungel wird so überflüssig.



v. l.: Leiter der T-City Repräsentanz Ferdinand Tempel, OB a. D. Josef Büchelmeier, Landtagsfraktionsvor-

sitzender Claus Schmiedel, Bundestagskandidat Jochen Jehle, MdL Norbert Zeller, Geschäftsführer T-City Andreas Roth, Uta Bruns, Healthcare

Wie Asylbewerber in Überlingen leben

- [Asyl](#)

Adrian Wiemer, Vorsitzender der Jusos Bodenseekreis hat die Bundesvorsitzende der Jusos, Franziska Drohsel und Bundestagskandidat Jochen Jehle am 10.9. zur Besichtigung des Asylwerberheims in Überlingen, Goldbach eingeladen.

Die Betreuerin der Asylwerber, Frau Mangold erläuterte den Besuchern, wie Asylwerber leben. Einkaufsgutscheine, ein bisschen Taschengeld, eine Grundversorgung bei der ärztlichen Behandlung und 4 m² pro Person zum Schlafen - alles in allem haben Asylwerber das Nötigste zum Leben, aber auch nicht mehr. Einiges würde fehlen, so z. B. die Möglichkeit des Krippenbesuchs für sehr kleine Kinder, damit sie möglichst früh die deutsche Sprache lernen. Ein Sprachkurs für Erwachsene ist derzeit in Vorbereitung, allerdings wird das nicht oft angeboten. Sehr unbefriedigend ist es, wenn eine Familie schon 7 Jahre lang hier lebt und immer noch keinen abschließenden Bescheid über die Anerkennung als Asylwerber hat. Widerspruchsverfahren dauern sehr lange.

Sehr bereichernd sei der Besuch von Schülern aus dem Raum Überlingen, die regelmäßig zur Hausaufgabenbetreuung der Kinder vorbeikommen, zum einen aus dem Salem College, zum anderen aus dem Gymnasium Überlingen. Auch die Jusos Bodensee bringen den Kindern jedes Jahr zu Weihnachten kleine Geschenke vorbei, die aus Spenden stammen. Deutschland muss sich viel mehr als Einwanderungsland begreifen, ist sich Jochen Jehle sicher. Ein Blick ins SPD-Wahlprogramm dazu:

Für Flüchtlinge, wollen wir in der SPD die humanitären Spielräume konsequent nutzen und den Flüchtlingen den angemessenen Zugang zu sozialen Leistungen erhalten.

Wir wollen keine Kettenduldungen mehr! Wenn Flüchtlinge aus humanitären Gründen längere Zeit nicht mehr in ihr Heimatland zurückkönnen, wollen wir ihnen einen gesicherten Aufenthaltstitel geben. Über die Flüchtlinge hinaus wollen wir die qualifizierte Einwanderung steuern, denn Deutschland braucht Fachkräfte. Die doppelte Staatsbürgerschaft akzeptieren wir.

Quellen: www.jochen-jehle.de

Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

www.bodensee-internationale.org



Prix Wasserfrau an Vorarlberger Kirchenfrauen-Kabarett verliehen

Papst Benedikt XVI. jüngst in einer Verlautbarung: „Es können sich für die Frauen in der Kirche Künftig neue Räume öffnen.“ „Zum Putzen?“ blaffen Frauen darüber wenig amüsiert zurück, wenn sie an die lange Kirchengeschichte ohne Gleichberechtigung denken. „Die unterhaltsame Kritik an der Amtskirche macht uns das Herz wieder frei“, sagen die engagierten Akteurinnen im Vorarlberger Kirchenfrauen-Kabarett. Eva Fitz, Elisabeth Hämmerle, Gisela Maier, Maria Schimpfössl, Gerda Staffa und Annemarie Spirk bringen in Begleitung der erfahrenen Kirchenpianistin Anna Hämmerle seit 16 Jahren ein anspruchsvolles Programm auf die Bühne, das bisher über 40 000 weibliche und auch männliche Zuhörer begeistert hat. Das pfiffige Kabarett-Sextett ist kürzlich mit dem „Prix Wasserfrau“ der Sozialistischen Bodensee-Internationale (SPÖ/SPD/SP Schweiz) geehrt worden. Im Hotel Mercure unweit der Bregenzer Festspielbühne finden sich heuer viele Gäste zur Feierstunde ein, die im Rahmen der Preisverleihung begeistert dem temperamentvollen Auftritt des Ensembles folgen können. Seit 2001 überreicht die Bodensee-Internationale, ein Bündnis der 3 sozialdemokratischen Parteien im Dreiländereck am See, alljährlich die Bronze-Figur aus der Werkstatt der St.Galler Bildhauerin Irene Thoma zusammen mit einer Fördersumme (1 000 Euro aus privaten Spenden) an solche Initiativen und Projekte rings um den Bodensee.

Im Mittelpunkt steht die Anerkennung und Ermutigung zur Fortsetzung des Engagements zur Gleichberechtigung im weiten Feld der Gesellschaft. Die Idee zu dem mittlerweile etablierten Kulturpreis stammt von Hildegard Fässler, einer prominenten Schweizer

Sozialdemokratin und Parlamentarierin im eidgenössischen Bundesparlament (Nationalrat). Sie präsidiert jedes Jahr auch die Zusammenkunft der Jury, die nach ausgiebiger Beratung eine Entscheidung über die eingereichten Vorschläge trifft und die neue Preisträgerin bekannt gibt. Ende März 2000 hat in Bregenz eine Internationale Konferenz „Linke Frauen am See: Lieber lustvoll mitentscheiden als die Last fremder Entscheidungen mittragen“ getagt, bei der prominente Politikerinnen wie Renate Schmidt (SPD) und Kathrin Hilber (SP Schweiz) wertvolle Impulse für die Arbeit in neuen Projekten zur Frauengleichstellung vorgetragen haben.



Foto: Hubert Lötsch

Von links: Klavierspielerin (rotes Käppi), Kirchenfrauen, Fredi Alder, Olga Pircher, Norbert Zeller, Hildegard Fässler, Irene Thoma, Kirchenfrauen

Olga Pircher, Vorarlberger SPÖ-Landtagsabgeordnete und Präsidentin der Bodensee-Internationale, ist „hoherfreut“ darüber, dass sie zum zweiten Mal den Prix Wasserfrau an ein verdienstvolles Projekt in Vorarlberg überreichen kann. Aus Hittisau im Bregenzer Wald ist Elisabeth Stöckler angereist, die für den Aufbau des dortigen „Frauenmuseums“ vor vier Jahren selbst mit der Bronzefigur geehrt wurde. Sie übernimmt gerne die Laudatio für das Kirchenfrauen-Kabarett. Sie zitiert Kurt Marti, der vom „Heilkraut des Lachens“ gesprochen habe, das die Mächtigen

entmachtet. Wie ein Sauerteig verstehen sich die engagierten Kabarettfrauen, die in der männerbeherrschten Kirche nur etwas verändern, wenn sie nicht resignativ schweigen und bleiben, statt auszutreten. Mit der Schärfe ihres Intellekts und mit Liebeshörigkeit spießen die Frauen heiße Eisen auf, die hohe kirchliche Würdenträgern lieber nicht anfassen, wie das Priesterzölibat, die Weihe von Frauen, die erzkonservative Sexualmoral und die Leibfeindlichkeit. Die „Kirchenfrauen“ sind sehr erfolgreich im Aufspüren von skurrilen Verlautbarungen von Bischöfen und Kardinälen, die die charmannten Feministinnen am liebsten als böse „Blasphemistinnen“ verteuflern möchten. Es war einst ein Bischof aus der reaktionären Richtung von „opus dei“, der von der römischen Kurie der Vorarlberger Kirchendiözese zugemutet wird. Einige sehr umstrittenen Interviews dieses Kirchenmannes gerade über die Rolle der Frauen in der Kirche und in der Gesellschaft haben damals zum Protest gegen den Macht-Missbrauch in der Kirche herausgefordert. Und so haben sich die heurigen Preisträgerinnen gefunden und gemeinsam ihr erstes Kabarett-Programm „Uns reicht!“ geschrieben. Elisabeth Stöckler vergisst nicht zu erwähnen, dass die Frauen den Erlös aus ihren erfolgreichen Auftritten nicht etwa privat vereinnahmen, sondern gleich wieder in soziale und caritative Projekte im Rahmen ihres Engagements in der Kirche investieren.



Die „Kirchenfrauen“ wünschen sich die Rückkehr der Amtskirche zu den Wurzeln im Urchristentum oder eine intensivere Orientierung am Beispiel der Kirchenmänner in Südamerika. Diese sind wirklich nah beim Volk und bei den Menschen und setzen sich ein für die Armen, für die Kleinbauern, für Gerechtigkeit und für die bedrohte Schöpfung. Mutige Kirchenmänner, die jeden Tag mit einem Fuß im Grab stehen. Nicht von ungefähr nehmen ein junger Gemeindepfarrer, ein Pater, die Frauenbeauftragte der Diözese in Vorarlberg, die Leiterin des Frauenreferates der Landesregierung und Bundesrat Reinhold Einwallner an der Feierstunde teil. Noch gibt es Hoffnung, dass sich die Kirchenoberen den geistigen und sozialen Herausforderungen unserer Tage stellen und sich nicht mehr auf ihrem altkonservativen Weltbild ausruhen.

Das Präsidium der Bodensee-Internationale, Olga Pircher, Norbert Zeller und Fredi Alder beglückwünscht die „Kirchenfrauen“ hochofrefreit zu ihrem Engagement und lädt die Gäste nach der Preisverleihung noch zu einem Imbiss ein. Hildegard Fässler kündigt für das kommende Jahr eine neue Preisverleihung an und bittet darum, wieder würdige Vorschläge bei der SBI-Jury einzureichen.

W. Bernhard

SP Schweiz



Sozialdemokratische Partei
Kanton St. Gallen

SP Kanton Thurgau

Medienmitteilung des Komitees
"Flatrate-Nein"

Unfaire Abstimmungsbotschaft

Die Abstimmungsbotschaft des Regierungsrates zur Steuergesetzrevision ist völlig einseitig abgefasst. Sie dient nicht der Information der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, sondern ist ein reines Propagandamittel der Regierung. Die Argumente von uns Gegnern der Vorlage werden auf einer halben! Seite der dicken Broschüre abgetan. Es wird klar, wieso uns die Mitarbeit an dieser Botschaft mit fadenscheinigen Argumenten vorenthalten wurde. Das ist undemokratisch und unfair wie die Vorlage an sich. Es ist zu hoffen, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger diesen Machenschaften mit einem Nein eine Abfuhr erteilen.

Für das Komitee "Flatrate-Nein":

Peter Gubser

SP Kanton St.Gallen

Klare Parolen der SP St.Gallen für die Abstimmungen vom 27. September

Die SP St.Gallen hat die Parolen für die Abstimmungen vom 27. September gefasst. Die Delegierten sagen einstimmig Ja zur Lehrstelleninitiative der Juso. Ebenfalls klar befürwortet wird die Zusatzfinanzierung für die IV.

St.Gallen – Am ausserordentlichen Parteitag in St.Gallen haben die Delegierten der SP St.Gallen die Parolen für die Abstimmungen vom 27. September gefasst. Die Entscheide fielen äusserst klar aus. Ein eigentliches Heimspiel hatte der Juso-Vertreter Petar Marjanovic: "Gerade jetzt in der Krise sind die Lehr-

stellen in Gefahr." Nach der Annahme der Initiative wird ein Berufsbildungsfonds installiert, der den Unternehmen in der Berufsbildung unter die Arme greift. Wer Lehrlinge ausbildet, wird finanziell entlastet. Wer nicht ausbildet, beteiligt sich wenigstens an den Kosten und leistet so einen Beitrag. Die Delegierten beschliessen einstimmig die JA-Parole für die Lehrstelleninitiative.

IV-Leistungen für betroffene Menschen sichern

Der Geschäftsführer der PROCAP St.Gallen, Roland Eberle, informierte in einem eindrücklichen Votum über die Vorlage zur Zusatzfinanzierung der IV. Er erinnerte daran, dass die Invalidenversicherung (IV) eines unserer wichtigsten Sozialwerke ist. Die finanziellen Leistungen der IV sichern behinderten Menschen ihre Lebensgrundlage oder ermöglicht ihnen die berufliche Integration. Das soll auch in Zukunft so sein. Die Delegierten empfehlen einstimmig bei einer Enthaltung der befristeten Erhöhung der Mehrwertsteuer zugunsten der IV zuzustimmen.

Rauchfreie Beizen im ganzen Kanton

Die beiden Initiativen zur Regelung des Rauchens in Gaststätten wurden von Dr. Jürg Barben (Volksinitiative «Schutz vor dem Passivrauchen für alle») und SVP Kantonsrat Karl Güntzel («Freiheitliches Rauchergesetz für den Kanton St.Gallen») vorgestellt. Die SP stellt sich, wie schon in der Beratung im Kantonsrat, klar hinter die Initiative der Lungenliga. Die jetzige Lösung ist äusserst unbefriedigend, da in den Gemeinden eine sehr unterschiedliche Bewilligungspraxis für Raucherlokale herrscht. Karl Güntzel vermochte mit seinen Argumenten für eine Lockerung des Nichtrauchererschutzes nicht zu überzeugen. Die Initiative der Raucherliga wird mit 3:30 Stimmen klar zur Ablehnung empfohlen. Der Präsident der Lungenliga, Dr. Jürg Barben, schaffte es im Gegenzug glaubhaft zu vermitteln, dass nach Annahme seiner Initiative endlich auch im Kanton St.Gallen eine klare und International bereits erprobte Praxis gelten wird: In Gaststätten darf nicht mehr geraucht werden! Die Delegierten der SP unterstützen mit 30:3 Stimmen die Initiative der Lungenliga.

Die anderen Vorlagen werden allesamt mit einstimmigen Mehrheiten zur Annahme empfohlen.

Peter Olibet

Communiqué

Parolenspiegel der SP St.Gallen für die Abstimmungen vom 27. September

Eidgenössische Abstimmungsvorlagen:

- JA zur befristeten Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung 35:0
- JA zum Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative 36:0

Kantonale Abstimmungsvorlagen:

- JA zum V. Nachtrag zum Ergänzungsgesetz 36:0
- JA zum Gesetz über Beiträge an die Genossenschaft Konzert und Theater St.Gallen 35:0
- JA zur Sanierung und Erweiterung der Kantonsschule Heerbrugg 36:0
- JA zur Volksinitiative «Für die Schaffung eines Berufsbildungsfonds (Lehrstelleninitiative)» 36:0
- JA zur Volksinitiative «Schutz vor dem Passivrauchen für alle» 30:3
- NEIN Volksinitiative «Freiheitliches Rauchergesetz für den Kanton St.Gallen» 3:30

Rückfragen an:

20.08.2009

Peter Olibet, Parteisekretär

Communiqué der SP Fraktion

Aufklärung im „Fall Dermont“ dringend notwendig

Die SP Fraktion freut sich, dass die Regierung eine Disziplinarkommission einsetzt, die die Machenschaften des Direktors der SVA genauer durchleuchten soll.

St.Gallen – Die SP Fraktion begrüsst, dass die Regierung die Vorwürfe an die Adresse der Geschäftsleitung der SVA und insbesondere die Rolle des zweifelhaften Direktors Linus Dermont genauer durchleuchten will. Die Beförderung seiner einstigen Sekretärin und heutigen Lebenspartnerin in die Geschäftsleitung ist aus Sicht der SP noch immer sehr stossend und grenzt - wie andere Personalentscheide auch - an Vetternwirtschaft. Die SP erwartet, dass die Disziplinarkommission die Machenschaften des SVA-Direktors schonungslos aufdeckt. Ein spezielles Augenmerk soll die Disziplinarkommission wie geplant auf die finanziellen Ungereimtheiten werfen. Erhärtet sich der Verdacht der Vetternwirtschaft und der ungetreuen Geschäftsführung, darf sich die Regierung nicht mit einer Rüge an die Adresse des Direktors zufrieden geben. Allenfalls sind personelle Konsequenzen zu ziehen.

ausgewogene Verwaltungskommission

Im Weiteren erwartet die SP Fraktion, dass die Regierung die Verwaltungskommission ausgewogen zusammensetzt. Dadurch wird gewährleistet, dass die Verwaltungskommission ihrer Rolle als Aufsicht über die Geschäftsleitung besser nachkommen kann.

Rückfragen an:

Barbara Gysi, Fraktionspräsidentin,
Peter Olibet, Fraktionssekretär

Communiqué der SP Fraktion

Keine unnötigen Strassen durchs Toggenburg

Die SP Fraktion hat gestern in Rapperswil die Geschäfte der Septembersession beraten. Grossmehrheitlich lehnt die SP Fraktion den Bau neuer Umfahrungsstrassen im Toggenburg ab.

Rapperswil-Jona – Die SP Fraktion diskutierte engagiert über die geplanten Umfahrungsstrassen im Toggenburg. Der Bau der Umfahrung Bütschwil könnte aus Sicht der SP noch knapp begründet werden, die Erweiterung der Umfahrung Wattwil löst jedoch Kopfschütteln aus. Hier werden für einige Autos mehr als 100 Millionen Franken verlockt und massive Eingriffe im Landschaftsbild vorgenommen.

Auch die geplante Umfahrung Bütschwil lehnt die SP Fraktion grossmehrheitlich ab. Die flankierenden Massnahmen müssen zwingend an das Projekt gekoppelt werden. Die bürgerlichen Parteien machen es sich zu einfach, wenn sie sich in dieser Frage hinter der „Gemeindeautonomie“ verstecken. Die Baubewilligung könnte durchaus an den rechtskräftigen Entscheid der Gemeinde gekoppelt werden, dass flankierende und verkehrsberuhigende Massnahmen im Zentrum umgesetzt werden müssen.

Keine zusätzliche Belastung der Thur

Sehr stossend aus Sicht der SP Fraktion ist zudem, dass die Strassenabwässer direkt der Thur zugeleitet werden. Dies ist zwar gesetzlich möglich, belastet das Gewässer aber trotzdem enorm. Da eine Versickerung nicht möglich ist, ist es für die SP zwingend, dass diese Abwässer zuerst gereinigt werden müssen.

Regierungsprogramm weiterhin im Kantonsrat beraten

Die SP hat kein Verständnis für den Kommissionsantrag, dass der Kantonsrat in Zukunft auf eine Kenntnisnahme des Regierungsprogramms verzichten soll. Dies grenzt an Arbeitsverweigerung und schwächt das Parlament.

Maria Huber ersetzt Beat Bosshart

Nach 5 Jahren ist Beat Bosshart auf Ende der Junisession aus dem Kantonsrat zurückgetreten. Der Thaler Gemeinderat konnte sich als profilierter Energiepolitiker einen Namen machen. Die SP Fraktion bedauert seinen Rücktritt und wünscht ihm für seine private und berufliche Zukunft alles Gute.

Maria Huber aus Rorschach, verpasste im Zuge der Verkleinerung des Kantonsrates die Wiederwahl in den Kantonsrat. Die SP Fraktion freut sich, dass die engagierte Gewerkschafterin nun auf Beginn der

Septembersession wieder in den Kantonsrat nachrückt.

Rückfragen an:

Barbara Gysi, Fraktionspräsidentin
Peter Olibet, Fraktionssekretär



ORF/VN-Diskussion im CUBUS

Michael Ritsch besticht durch Themen- und Lösungskompetenz

Während sich die Vertreter der anderen politischen Parteien bei den Massnahmen gegen die Wirtschaftskrise auf die Bundesebene hinausredeten, brachte Michael Ritsch konkrete Vorschläge, wie die Vorarlberger Landesregierung den betroffenen Menschen helfen kann. Ein wesentlicher Punkt dabei ist die SPÖ-Aktion "Geld zurück". Je nach Haushaltsgröße und Familieneinkommen könnten so Gutscheine gestaffelt im Wert von bis zu 850 Euro ausgestellt werden. Jede 3. Familie würde von der SPÖ-Massnahme profitieren. Auch der Vorarlberg Fonds, die kostenlose Kinderbetreuung oder die Nachhilfe in den Schulen, sind Massnahmen die schnell und unbürokratisch greifen.

SPÖ-Express, 04.09.2009

Die Sorge Nummer 1 der Vorarlberger – fehlendes Wirtschaftsgeld

SPÖ-Ritsch:

„Erste Zwischenbilanz der Hausbesuche“

„Wir haben während der letzten drei Wochen 34.000 Haushalte besucht. Und immer wieder werden wir mit demselben Thema konfrontiert – den Menschen geht das Geld aus. Vor allem Familien und Alleinerzieherinnen und -erzieher sind von der fortwährenden Krise betroffen“, fasst der SPÖ-Clubobmann und Spitzenkandidat der SPÖ für die bevorstehende Landtagswahl den Grundtenor der Hausbesuche zusammen.

Ein großer Teil der kontaktierten Personen würde darüber berichten, dass das Geld an allen Ecken und Ende fehle, so Ritsch weiter. Probleme mit der Wohnungsmiete, mit dem Einkauf von Lebensmitteln und Kleidung sowie Probleme mit Kreditrückzahlungen seien an der Tagesordnung. „Und jetzt kommt auf die Familien noch das Problem des Schulanfanges dazu. Hefte, Stifte, Schultaschen, Bücher – all das kostet

ein kleines Vermögen“, bringt Ritsch die Sorgen der Menschen zum Ausdruck.

Offenbar, so der SPÖ-Spitzenkandidat, komme die von der öffentlichen Hand gewährte Hilfe an Banken und die Wirtschaft bei den Menschen nicht an. Es brauche deshalb jetzt wirkliche Hilfe für die Einzelnen. In diesem Zusammenhang nennt Ritsch ein weiteres Mal den Vorarlberg-Fonds, der offenbar auf dem misslungenen Bankengipfel von letzter Woche nicht einmal angesprochen wurde. „Viele von uns besuchte Menschen schütteln den Kopf, wenn sie hören, dass Ihnen der Landeshauptmann die im Zuge des Bankengipfels angebotenen Kredite mit einer Verzinsung von 7 % empfehlen will. Und das in einer Zeit, in der Banken von der öffentlichen Hand subventioniert werden. Bei den Menschen sind die Pakete der jüngsten Zeit jedenfalls noch nicht angekommen“, so Ritsch abschließend.

Bregenz, 27. August 2009 LAbg. Michael Ritsch
SPÖ-Express, 04.09.2009

Ritsch:

Leistungsfähige Jugendwohnungen nicht nur in Bregenz

Vermehrte Nachfrage gibt erneut Anlass zum Handeln

Die von der SPÖ unter Landesparteivorsitzendem Michael Ritsch verwirklichten Jugendwohnungen in Bregenz erfreuen sich großer Beliebtheit. „Wir verzeichnen eine vermehrte Nachfrage nach den preiswerten ca. 50 m² großen Mietwohnungen“, erklärt Ritsch. Die von der Alpenländischen Heimstätte bereits errichteten 21 Jugendwohnungen in Bregenz werden von unter 25-Jährigen zum Bruttomietpreis von ca. 250 Euro inkl. Betriebskosten bewohnt.

Aufgrund der positiven Erfahrungen sollte das Bregenzer Modell nach Ansicht der SPÖ auch außerhalb von Bregenz realisiert werden. Mehr jungen Menschen sollte der Start in die Selbstständigkeit durch leistbare Wohnungen erleichtert werden, findet Ritsch.

Damit Jugendwohnungen auch erschwinglich sind, wird der Mietpreis über Annuitätenzuschüsse vom Land in Höhe von 2 Euro/m² gedämpft. Die Errichtung von weiteren 25 Jugendwohnungen zu je 50 m² in einem Jahr würde eine Erhöhung des Budgets für Auszahlung rückzahlbarer Annuitätenzuschüsse von nicht einmal 1,5 Promille (ca. 30.000 bis 40.000 Euro) bedeuten.

In einer entsprechenden Anfrage an Landesrat Karlheinz Rüdiger möchte Ritsch Erläuterungen zum Wohnbauprogramm aller Vorarlberger gemeinnützigen Bauträger, auch dahingehend, ob und in welcher Form Jugendwohnungen dabei vorgesehen sind. Ein

weiterer Punkt der Anfrage betrifft die Gewährung der finanziellen Zuschüsse zur Errichtung dieser Wohnungen.

19.08.2009 Labg. Michael Ritsch, Clubvorsitzender
SPÖ-Express, 04.09.2009

SPD Kreis Biberach MdB Martin Gerster

Kreisverkehr Ziegelwiese:

SPD-MdB Martin Gerster überreicht Unterschriftenliste der Bad Wurzacher Bürgerinitiative an parlamentarische Staatssekretärin Karin Roth (SPD)

BERLIN, Mittwoch, 26. August 2009 (age) – Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster hat bei der heutigen Sondersitzung des Parlaments eine Liste mit 1516 Unterzeichnern an das Bundesverkehrsministerium übergeben. Gesammelt hatte die Unterschriften die Bad Wurzacher Bürgerinitiative „Kreisverkehr Ziegelwiese“, die sich für einen Umbau der – an der B465 gelegenen – Kreuzung Ziegelwiese / Leutkircher Straße einsetzt.



Karin Roth mit Martin Gerster

Gersters Fraktionskollegin Karin Roth (SPD) nahm die Liste als parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr im Empfang. Sie sagte eine umgehende Prüfung zu, weil man in der Tat die Situation vor Ort berücksichtigen müsse.

Zusammen mit der Unterschriftenliste übergab Gerster ein Schreiben, in dem er das Anliegen der Bürgerinitiative nachdrücklich unterstützt. „Ich bin überzeugt, dass die Sorgen der Bad Wurzacher Bevölkerung berechtigt sind und das Kreisverkehrskonzept dringend auf seine Umsetzbarkeit zu prüfen ist“, so das Fazit seines Briefs.

Bei einem Besuch in Bad Wurzach konnte er sich am vergangenen Freitag selbst ein Bild von der problematischen Lage vor Ort machen. Seine Eindrücke decken sich mit denen der Bürgerinitiative: „Trotz vorgeschriebenem Tempo 50 neigt vor allem der

LKW-Verkehr zu überhöhter Geschwindigkeit“. Angesichts offensichtlichen Gefährdung für die Anwohner, darunter zahlreiche Kinder, steht für Gerster fest: „Hier besteht Handlungsbedarf“.

Gemeinsam mit der Bürgerinitiative wolle er deshalb darauf drängen, dass möglichst schnell eine tragfähige Lösung für das Problem gefunden und angegangen wird.

Alexander Geisler M.A.
(wissenschaftlicher Mitarbeiter)

B 311 Politischer Rückenwind für die Ortsumfahrung Unlingen

BERLIN, Mittwoch, 8. September 2009 (age) – Der Biberacher Bundestagsabgeordnete Martin Gerster drängt weiter auf eine schnelle Realisierung der Ortsumfahrung Unlingen entlang der B 311. Der 38-jährige Sozialdemokrat initiierte ein Gespräch mit der parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium Karin Roth (SPD), an dem Bürgermeister Richard Mück und sein Stellvertreter Wolfgang Winkler teilnahmen. Anwesend war auch Gersters CDU-Kollege Franz Romer.

Aktueller Anlass für das Treffen war die Nachricht, dass noch im September der Planfeststellungsbeschluss vom Regierungspräsidium Tübingen in Unlingen eintreffen wird. Ist dieser Planfeststellungsbeschluss dann rechtskräftig, kann mit dem Bau der Ortsumfahrung begonnen werden, sobald Berlin die dafür notwendigen Finanzmittel in Höhe von ca. 12 Millionen Euro bereitstellt. Bürgermeister Richard Mück machte nochmals auf die zahlreichen schweren Unfälle mit LKW-Beteiligung in Unlingens Ortsmitte aufmerksam und untermauerte damit die Dringlichkeit einer Ortsumfahrung.

„Auch für mich genießt dieses Projekt hohe Priorität“, betonte Staatssekretärin Karin Roth. Die Esslinger Bundestagsabgeordnete erklärte jedoch auch, dass mit dem Bau der Ortsumfahrung schon hätte begonnen werden können, wenn Landwirte und Grundstückseigentümer vor Ort nicht massive Einwände geltend gemacht hätten. Sie hätte es vorgezogen, die Ortsumfahrung im Zuge der beiden vom Bundestag beschlossenen Konjunkturpakete zu realisieren. Diese Chance sei leider vertan, weswegen sie derzeit keine konkrete Aussage über einen möglichen Spatenstich machen könne. Der Baubeginn hänge stark von der weiteren Entwicklung der Einnahmen aus Steuern und der LKW-Maut ab. Ihr Bundestagskollege Gerster hofft dennoch, dass innerhalb der nächsten 24 Monate mit dem Bau begonnen werden kann.

Schließlich sei die B311 eine für die gesamte Region wichtige Ost-West-Achse und das Projekt bereits seit Jahrzehnten in der Diskussion.

Unlingens Bürgermeister Richard Mück und sein Stellvertreter Wolfgang Winkler sind zuversichtlich, dass das Gespräch in Berlin ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Verwirklichung der Ortsumfahrung sei und bedankten sich bei der parlamentarischen Staatssekretärin für das offene und zielführende Gespräch.

08.09.2009

Alexander Geisler M.A.

Prof. Ernst Ulrich von Weizsäcker in Biberach

"Wir brauchen jetzt einen ökologischen Aufschwung"

BIBERACH (zel) – Auf Einladung des Biberacher SPD-Bundestagsabgeordneten Martin Gerster hat der Umweltmanagementprofessor Ernst Ulrich von Weizsäcker jetzt in Biberach seine Erkenntnisse über Möglichkeiten effizienten umweltschonenden Wirtschaftens erläutert. Die über 100 Zuhörer im Vereinsheim der Kleintierzüchter diskutierten anschließend lebhaft mit dem 70-Jährigen und machten ihrerseits deutlich, wie wichtig ihnen der Zusammenhang von Wohlstand und Ökologie ist.

Die aktuelle Krise bietet für Ernst Ulrich von Weizsäcker die Chance, umzusteuern: "Wir brauchen jetzt einen ökologischen Aufschwung, denn für einen umweltbelastenden haben wir nicht mehr genug Platz." Wie die USA der 1930er Jahre müssten dazu auch jetzt die Staaten gestalten, aber ökologisch sinnvoll durch entsprechende Investitionen und Steueranreize für Unternehmen. "Der Deutschlandplan von Frank-Walter Steinmeier hat genau dieses Ziel und ist deshalb sehr vernünftig, denn er möchte die Voraussetzungen für vier Millionen zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen", so von Weizsäcker. Die Idee, alles über die Märkte laufen zu lassen, und wie CSU-Bundeswirtschaftsminister Freiherr zu Guttenberg alte Industrien über Steuererleichterungen zu schützen, sei falsch.

"Seit 1850 hatten wir eine Verzwanzigfachung der Arbeitsproduktivität, von 1975 bis 2050 brauchen wir eine Verzehnfachung der Energieeffizienz", forderte Ernst Ulrich von Weizsäcker. Nur so lasse sich das Streben nach Wohlstand ökologisch verträglich gestalten. Auch die Unternehmensberatung Mc Kinsey habe festgestellt, dass die rentabelste CO₂-Vermeidung über eine Effizienzsteigerung erzielbar sei. Und die technischen Möglichkeiten hierfür seien längst da, sie müssten nur genutzt werden. "Die giftigen Energiesparlampen sind zwar ein Effizienzschrift, aber moderne LED-Lampen sind nochmal doppelt so effizient", war nur eins der Beispiele, die von Weizsäcker nannte. Ein anderes: "Zehnmal so effizient wie normale Häuser ist das Passivhaus." In einem solchen lebt das Ehepaar Weizsäcker mit mehreren Familiengenerationen unter einem Dach ("Zeitweise sind wir

20-30 Leute und haben letzten Winter zum Heizen nur einen Sack Pellets gebraucht."), seit der Professor Ende vergangenen Jahres von einem Lehrauftrag aus den USA zurückkam. Zuvor war er unter anderem für die UNO tätig, hatte das Wuppertal-Umweltinstitut gegründet und war für den Wahlkreis Stuttgart ein SPD-Abgeordneter im Bundestag gewesen. Hier hatte er die ökologische Steuerreform maßgeblich mitgestaltet: "Diese Reform in mehreren Schritten hat für Erhalt und Neuschaffung von 300.000 Arbeitsplätzen gesorgt."



von rechts MdB Martin Gerster, Prof. Ernst Ulrich von Weizsäcker und Dagmar Neubert-Wirtz, stellvertretende SPD-Ortsvereinsvorsitzende.

Wie die steigende Arbeitsproduktivität seit 1850 schrittweise mehr Wohlstand gebracht habe ("Rationalisierung brachte den Firmen mehr Gewinn, wodurch die Gewerkschaften höhere Löhne fordern konnten, was wiederum den Rationalisierungsanreiz erhöhte."), müsse jetzt die Energieeffizienz gesteigert werden. Ein Anreiz dazu seien auch schrittweise steigende Rohstoffpreise, wodurch derselbe Effekt wie bei der Arbeitsproduktivität entstünde.

Die zahlreichen Fragen der Zuhörer gaben Ernst Ulrich von Weizsäcker die willkommene Gelegenheit, die Schlussfolgerungen seines Vortrags nochmals zu verdeutlichen. "Weltweit fehlen eine Milliarde Arbeitsplätze", stellte er fest. Nicht die Arbeit sei ein knappes Gut, sondern in zunehmendem Maße gingen die Rohstoffe zur Neige. "Die großen spritfressenden Autos sind eine Riesenpleite, deshalb ist inzwischen auch VW an den Börsen mehr wert als Daimler."

Wolfgang Heinzl

Finanzstaatssekretärin Nicolette Kressl in Biberach

"Verluste werden nicht vom Steuerzahler getragen"

BIBERACH (zel) - Vor rund 70 Zuhörern, darunter zahlreichen Vertretern kleiner Kreditinstitute aus dem Landkreis, haben jetzt Nicolette Kressl MdB, Staats-

sekretärin beim Bundesfinanzminister, und der finanzpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Nils Schmid, in der Biberacher TG-Vereinsgaststätte erläutert, warum die verschiedenen Bankenrettungsmaßnahmen der vergangenen Monate im Gemeinwohlinteresse waren. Eingeladen hatte sie ein über die große Resonanz hocherfreuter Biberacher SPD-Bundestagsabgeordneter Martin Gerster, Mitglied im Finanzausschuss.

"Ich habe noch keine Finanzausschusssitzung erlebt, bei der es so ruhig zugeht", stellte Martin Gerster am Schluss der gut zweieinhalbstündigen Veranstaltung mit reger Diskussionsbeteiligung des Publikums augenzwinkernd fest. Nicolette Kressl und Nils Schmid war es gelungen, in verständlichen Worten die Notwendigkeit der Bankenrettungsmaßnahmen darzulegen, und die konzentrierte Aufmerksamkeit im Saal war ihnen sicher.

Die beiden Finanzpolitiker zeigten auf, dass die leichtfertige Kreditvergabe in den USA, die die Ursache der Finanzkrise war, in Deutschland mit seinem dreigliedrigen System aus Geschäftsbanken, Sparkassen und Volks- und Raiffeisenbanken nicht möglich gewesen wäre. "Ich bin froh, dass es seriös wirtschaftende regionale Institute gab, die jetzt auch ohne Staatshilfe aus Eigenmitteln weiter Kredite vergeben können", machte Staatssekretärin Kressl die Notwendigkeit einer vielfältigen Bankenlandschaft deutlich, die es zu verteidigen gelte. Denn die kleinen und mittleren Unternehmen sind darauf angewiesen, dass sie weiterhin Kredite bekommen."

Eine Vertrauenskrise der Banken untereinander habe schon länger bestanden, nur sei sie im vergangenen Herbst durch den Lehman-Brothers-Zusammenbruch besonders verschlimmert worden: "Ohne den Lehman-Fall hätte es vieles nicht gegeben", erklärte die Rastatter SPD-Bundestagsabgeordnete. Deshalb sei im Spätherbst 2008 kurzfristiges Krisenmanagement von Parlament und Regierung nötig geworden.



von links Dr. Nils Schmid MdL, Finanzstaatssekretärin Nicolette Kressl MdB und Martin Gerster MdB

Die Finanzwirtschaft habe seither bei einem Gesamt- rahmen von 400 Milliarden an Bürgschaften 130

Milliarden Euro in Anspruch genommen – gegen Gebühr: "Das hat bisher einen dreistelligen Millionenbetrag an Gebühreneinnahmen gebracht."

Die Höhe der Gebühr ergibt sich nach EU-Richtlinien aus marktüblichen Zinsen, ebenso wie bei den seit Herbst möglichen direkten staatlichen Kapitalhilfen. Hier nahmen von höchstens 80 Milliarden Euro laut Kressl drei Banken bisher 23 Milliarden in Anspruch und akzeptierten, dass bis zur Rückzahlung Dividendenausschüttungen sowie Abfindungen verboten und Topgehälter auf höchstens 500.000 Euro pro Jahr begrenzt sind. Die Eigentümer haften dabei nicht nur für die Gebühren: "Wir wollen sicherstellen, dass eventuelle Verluste am Ende nicht vom Steuerzahler getragen werden", stellte Kressl klar. Der Staat habe sich so auch im neuen Bad-Bank-Gesetz abgesichert, das es Banken jetzt ermöglicht, eine Firma (Bad Bank) zu gründen, die dann schwer verkäufliche Wertpapiere übernimmt. Diese belasten die Bilanz nicht mehr, die Bank bekommt für sie einen Schuldschein, den sie bei der Bundesbank gegen frisches Geld eintauschen kann – und die Gebühr kann so hoch sein, dass die Zahlung 20 Jahre dauern darf. Dafür ist die Bank kurzfristig wieder flüssiger und kann Kredite vergeben.

Die anwesenden Sparkassen- und Volksbank-Vertreter aus dem Landkreis lobten zwar die Rettungsmaßnahmen, kritisierten jedoch wachsende Bürokratie und ihrer Ansicht nach unnötigen Gesetzesaktivismus als kontraproduktiv, beispielsweise die von der SPD geforderte Börsenumsatzsteuer. Diese belastet nur Privatleute, weil Finanzinstitute ihre Transaktionen meist außerhalb der Börsen vornähmen. "Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, diese Transaktionen zu besteuern", so Kressl. Die SPD sei außerdem im Gegensatz zum bisherigen Koalitionspartner CDU/CSU für die gesetzliche Begrenzung der Managervergütungen, Streichung der steuerlichen Absetzbarkeit von Abfindungen und eine gesetzliche Gemeinwohlorientierung von Aktiengesellschaften. "Beispielsweise bei den Steueroasen haben wir schon viel erreicht", verwies sie aber auch auf den nächsten G20-Gipfel: "Vieles lässt sich nur international regeln."

05.09.2009

Wolfgang Heinzl
Büroleiter Martin Gerster MdB

Biberacher Schulmeile

SPD sieht konzeptionelle Mängel

BIBERACH - Die Biberacher SPD fordert für die geplante Schulmeile ein auf die Bildungserfordernisse der Schüler abgestimmtes inhaltliches Konzept sowie einen Infrastrukturplan mit Verkehrskonzept. Das hat der SPD-Ortsvereinsvorstand in seiner jüngsten Sitzung einstimmig in einem Antrag an die Mit-

gliederversammlung beschlossen. Dazu müssten alle betroffenen Institutionen zusammenarbeiten, erklärte Vorsitzender Roland Luschkowski.

Gleichzeitig soll untersucht werden, ob Jugendmusikschule, Jugendkunstschule und Jugend Aktiv ebenfalls in der so genannten Schulmeile Platz finden können. Zusätzlich möchte der SPD-Vorstand für Stadt- und Wielandarchiv im Zuge der Neukonzeption geeignete neue Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt sehen.

Außerdem möchte die SPD Biberach wissen, wie hoch die Gesamtkosten des Gutachtens zur Schulmeile sind: „Hat sich das federführende Finanzdezernat hier die Alleinkompetenz angemäht, setzt jetzt auf Zeitdruck und lässt die betroffenen Schulen nachher das Schlamassel ausbaden?“, fragte SPD-Ortsvereinsvorsitzender Roland Luschkowski. „Warum sind die fach- und ortskundigen städtischen Ämter bei der Untersuchung und der Konzeption der neuen Schulinfrastruktur bisher anscheinend außen vor geblieben?“, Der Biberacher SPD-Vorstand favorisiere im Übrigen einstimmig den Neubau der Realschule an der Hans-Liebherr-Straße, dem früheren Standort des Wilhelm-Leger-Hallenbads. „Die Verkehrsbelastung in der Adenauerallee würde sonst zu hoch“, so Luschkowski. Die nächste Mitgliederversammlung der SPD Biberach soll am Freitag, 2. Oktober, ab 17.30 Uhr in der TG-Gaststätte stattfinden.

13.09.2009

Wolfgang Heinzl

Martin Gerster macht Hausbesuche in Laupheim und Wain

LAUPHEIM/WAIN - Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster setzt seine Hausbesuchstour im Rahmen des Bundestagswahlkampfes fort. Am späten Vormittag des Donnerstags, 17. September, wird er in Laupheim an Haustüren klingeln. Am frühen Nachmittag besucht er dann die Bürger von Wain. Wer zuhause ist, bekommt von Gerster eine rote Rose überreicht, für Kinder gibt's zum Spielen eine Quietscheente. „Ich hoffe, auf diesem Weg auch Menschen zu erreichen, die sich wenig für Politik interessieren“, teilte Gerster mit. Er wolle den Menschen persönlich begegnen und mit ihnen ins Gespräch kommen. „Vielleicht ist ja auch dem einen oder anderen der Weg nach Biberach in mein Bürgerbüro gegenüber dem Bahnhof zu aufwändig, der nun auf diesem Weg sein Anliegen direkt anbringen kann“, erwartet der Abgeordnete.

04.09.2009

Wolfgang Heinzl
Büroleiter Martin Gerster MdB

MdB Gerster erwartet Bürger zur Sprechstunde

BIBERACH (zel) - Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis Biberach-Wangen können mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Martin Gerster am Mittwoch, 16. September, ohne Terminanmeldung ihre Anliegen besprechen. Gerster veranstaltet in seinem Bürgerbüro an diesem Tag zwischen 12 und 14 Uhr wieder seine monatliche Sprechstunde.

Das Büro liegt gegenüber dem Biberacher Bahnhof in der Poststraße 7. Weitere Informationen gibt es über Telefon 07351/3003000, Telefax 07351/3003001, E-Mail martin.gerster@wk.bundestag.de und Internet www.martin-gerster.de

04.09.2009

Wolfgang Heinzel
Büroleiter Martin Gerster MdB

Alles Sozialdemokraten?

Wahlplakat der FDP:

„Arbeit muss sich wieder lohnen“

(Dr. Guido Westerwelle)

Will Westerwelle in die SPD eintreten oder signalisiert er Koalitionsbereitschaft mit der SPD?

Vielleicht gehört das auch zur „Sozialdemokratisierung der Parteien“

K-H-K

SPD Kreisverband Ravensburg

Jenter:

„Haushaltsentwurf für Ausbau der B 30 Ravensburg Süd nachbessern“

„Ausbau muss nächstes Verkehrsbauprojekt im Regierungsbezirk Tübingen sein“

"In Berlin werde ich mich mit aller Kraft für den Ausbau der B 30 Ravensburg-Süd einsetzen", stellt die SPD-Bundestagskandidatin Anne Jenter fest. „Ich dafür stehe, dass das nächste Straßenbauprojekt, das im Regierungsbezirk Tübingen begonnen wird, die B 30 Ravensburg-Süd wird.“

„Für die Verkehrsteilnehmer und die Bürgerinnen und Bürger ist der derzeitige Zustand unhaltbar. Das gilt besonders für die Bürgerinnen und Bürger auf der Weißenau, in Oberzell und Eschach.“

Weil Jenter den Ausbau der B 30 Ravensburg-Süd für sehr wichtig hält, habe sie sich vor einigen Tagen mit

SPD-Mitgliedern in Eschach getroffen. Dabei sei die vorgesehene Trasse abgelaufen und weitere Handlungsmöglichkeiten erörtert worden.

"Gleich nach der Bundestagswahl brauchen wir eine gemeinsame Kraftanstrengung aller Kräfte aus Oberschwaben, um eine Nachbesserung im Einzelplan 12 zum Entwurf des Haushaltsplans für 2010 durchzusetzen. Für mich steht die Sache im Vordergrund, nicht das Parteiengezänk", vertritt Jenter.

Da fast zu gleicher Zeit bekannt wurde, dass das Projekt nicht in den Entwurf des Bundeshaushalts 2010 eingestellt worden ist, meint Anne Jenter: „Der Haushaltsentwurf ist der Etat der gesamten derzeitigen CDU-SPD Koalition – er ist von der Bundeskanzlerin ebenso zu verantworten wie von der gesamten Regierung. Bei der derzeitigen schwierigen Krisensituation ist es wenig hilfreich oder sogar kontraproduktiv, wenn versucht würde, den Ausbau der B 30 Ravensburg Süd auf eine parteipolitische Schiene zu setzen. Jetzt kommt es darauf an, den Erfolg zu organisieren. Deshalb müssen die beiden großen Volksparteien verständigen und sich dafür einsetzen, alles für den baldigen Baubeginn der B 30 Ravensburg Süd zu tun. Ich werde dies mit allem Nachdruck angehen.“

03.09.2009

Anne Jenter, Bundestagskandidatin

BayernSPD

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

das Präsidium hat am Montag, 31.08., Morgen eine erste Bewertung der Wahlergebnisse vom 30.08. vorgenommen. Unsere Prognose, dass die geschockte Union nun wieder einmal die "Volksfront"-Karte spielen würde, war kaum ausgesprochen, da lag sie schon auf dem Tisch. Nur war es zunächst nicht die CSU, sondern die FDP-Landtagsfraktion, die unter der Überschrift "Jugendpolitik" ganz dringend die Vermittlung von profunden Kenntnissen über die DDRDiktatur forderte, damit Jugendliche "auf guter Grundlage ihre Wahlentscheidung treffen können".

Die CSU tagte da noch, aber sie zog natürlich nach: Die SPD bereite ein "rot-rotes Bündnis auf Bundesebene" vor, wusste Landesgruppenchef Ramsauer den Medien mitzuteilen. Andere – von Koch/Hessen bis Westerwelle – folgten und scherten sich dabei wenig um die von Merkel öffentlich vorgetragene Linie der Union.

Das eine wie das andere zeugt von Panik im schwarzen gelben Lager. Die CDU hat für ihren Schlafwagenwahlkampf am Wahlsonntag bereits die Quittung erhalten. Panik ist kein guter Ratgeber; im vorliegenden Fall erzeugte sie Einfallslosigkeit: CDU/CSU und jetzt auch die FDP holen wieder einmal die roten Socken aus der Mottenkiste und beschwören den angeblich drohenden kommunistischen Staatsstreich, um von ihrer Schwäche abzulenken.

Weitere Versuche werden folgen. Der SPD soll der Mantel der Unglaubwürdigkeit umgehängt werden. Argumentativ haben wir mit der Entgegnung keine Mühe, aber wir müssen auch wirklich alles tun, um der mit aller Medienmacht betriebenen Angstkampagne zu begegnen. Allen Lügen und falschen Unterstellungen müssen wir sofort, massiv und nüchtern entgegen treten und unsere Positionen erläutern:

- Es kann, solange Die Linke ist, wie sie ist, auf Bundesebene keine Koalition geben. Eine Partei, die das westliche Bündnis bekämpft, die Europa ablehnt, die unbezahlbare Sozialromantik predigt und ihre eigene Geschichte leugnet, kommt als Partner im Bund nicht in Frage.

Deshalb haben wir in unserem Regierungsprogramm einstimmig beschlossen:

"Ein Bündnis mit der Partei „Die Linke“ schließen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf Bundesebene für die gesamte nächste Legislaturperiode aus. Wir werden auch keine Minderheitsregierung bilden, die von der Linkspartei geduldet wird. Unser Land braucht in der schwierigen Zeit, die vor uns liegt, Stabilität und Erfahrung. Beides kann die Linkspartei nicht gewährleisten."

- Anders sieht es auf Länderebene und in den Kommunen aus, wo im übrigen die CDU in sehr vielen Kommunen schon seit eineinhalb Jahrzehnten mit den Ex-SED'ern zusammenarbeitet, sofern es dem eigenen Vorteil dient. Nutzen zog die Union nicht zuletzt auch aus dem Vermögen der Blockpartei Ost-CDU, mit der sie sich verbündete und dann vereinigte.

- Der Parteivorstand hat wiederholt erklärt, dass die Verantwortlichen in den Ländern und vor Ort selbst prüfen und entscheiden mussten, welche Verbindungen sie eingehen wollten. In Berlin klappt rot-rot z.B. hervorragend.

Wir führen weder in einem Land noch im Bund einen Wahlkampf für eine Koalition, sondern für ein SPD-Programm. Die Wählerinnen und Wähler entscheiden. Danach muss die Politik, müssen wir darüber befinden, wie wir mit dem Ergebnis umgehen.

Es geht um Politik und Programme, um inhaltliche Festlegungen, nicht um Personen. Gewiss lassen sich bei der Linken noch eine Zeitlang ehemalige SED-Mitglieder, "Kommunisten" finden, so wie sich in

CDU, CSU und FDP ehemalige NSDAP-Mitglieder, Nazis finden ließen.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben in unserer Geschichte leidvoll unter den Nazis wie unter

den Kommunisten gelitten. Keine andere Partei hat eine so stolze, demokratische Tradition. Wir brauchen keine Belehrungen von CDU/CSU und FDP, was wir tun dürfen und was nicht.

Bitte widersteht allen Versuchen der Medien und des politischen Gegners, uns wieder in eine Koalitionsdebatte zu verwickeln.

Auf Landesebene entscheidet die Partei im Saarland und in Thüringen, was richtig ist. Ratschläge von außen braucht es nicht. Auf Bundesebene bleibt es bei dem, was wir beschlossen haben.

Wir müssen unsere Inhalte in den Mittelpunkt der öffentlichen Auseinandersetzung stellen. Schwarzgelb will von der eigenen programmatischen Giftliste ablenken

Bitte beteiligt Euch – zusammen mit Eurem/Eurer Bundestagskandidaten/in – an dem Aktionspaket am 5. September und macht eigene Medientermine dazu.

Mit herzlichem Gruß

Euer Florian Pronold

Termine:

18.09.2009

Kundgebung mit Franz Müntefering

**Ravensburg:
Marienplatz am Rathaus
14:00**

20.09.2009

Landtagswahl in Vorarlberg

27.09.2009

Bundestagswahl

Aktuelle Termine von Jochen Jehle

Sie treffen ihn hier: www.jochen-jehle.de

[Bundestagskandidat](#)
Jochen Jehle

Sie treffen ihn hier:

- [SZ-Forum zum Thema Bildung](#)

Datum: Dienstag, 15. September 2009 -
19:30 - 21:30

Ort: Stadthalle Markdorf

- [Infostand Wochenmarkt Immenstaad](#)

Datum: Mittwoch, 16. September 2009 -
8:30 - 12:00

Ort: Immenstaad

- [Infostand Wochenmarkt Langenargen](#)

Datum: Donnerstag, 17. September 2009 -
10:15 - 12:00

Ort: Langenargen

- [MdB Peter Friedrich, MdL Norbert Zeller und Jochen Jehle laden zur Diskussion](#)

Datum: Donnerstag, 17. September 2009 -
19:30 - 21:30

Ort: Überlingen, Bräustüble des Gasthaus
Ochsen

Hilde Mattheis (MdB): Deutschland hinkt bei der Bildung hinterher – Schavan hat als Bildungsministerin versagt

Angesichts der am Dienstag vorgestellten OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“ erklärt die Ulmer Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis: „Frau Schavan hat als Bildungsministerin auf ganzer Linie versagt. Die CDU hat das Thema Bildung vernachlässigt.“ In Deutschland sind die Ausgaben für Bildung auf nur 4,8 Prozent des BIP im Jahr 2006 zurückgegangen, während der OECD-Durchschnitt auf 5,5 Prozent stieg.

Bei den Bildungsausgaben und der Studienquote liegt Deutschland im hinteren Feld. Lediglich 34 Prozent eines Jahrgangs gingen 2007 an eine Universität, der OECD-Durchschnitt liegt bei 56 Prozent. Auch bei den Studienabschlüssen rangiert Deutschland mit nur 23 Prozent deutlich hinter dem OECD-Durchschnittswert von 39 Prozent.

„Menschen mit einer guten Ausbildung sind in der Regel besser vor Arbeitslosigkeit geschützt, verdienen mehr und sind gesünder. Um auch im internationalen Vergleich Schritt halten zu können, müssen wir

in Bildung investieren“, so Mattheis. Die SPD tritt für einen Bildungssoli ein: Ein Zuschlag von zwei Prozent auf den Spitzensteuersatz von Topverdienern soll direkt in Bildung fließen. Das wären nach jetzigen Berechnungen rund zwei Milliarden Euro. „Gute Bildung ist die Voraussetzung für Fortschritt und den Wohlstand unseres Landes. Und jeder hat ein Recht auf Bildung“, so Mattheis.

Bildung darf nicht von der Herkunft oder vom Geldbeutel der Eltern abhängen. 80.000 Schüler pro Jahr verlassen die Schule ohne Abschluss, das ist entschieden zu viel. Jeder verdient eine Chance, den Schulabschluss nachzuholen. Auch die Qualität der frühkindlichen Bildung in den Kitas muss besser und der Erzieherberuf gestärkt werden. Insgesamt gilt: Wir brauchen mehr Chancengleichheit in der Bildung und ein Bildungssystem, das kein Kind und keinen Jugendlichen zurücklässt.

09.09.2009

Büro Hilde Mattheis, MdB, Berlin

Nahles:

Steinmeier gewinnt mit überzeugendem Auftritt

Nach dem TV-Duell erklärt die stellvertretende Parteivorsitzende der SPD Andrea Nahles, im Team Steinmeier zuständig für Bildung und Integration:

Frank-Walter Steinmeier hat das Duell mit einem überzeugenden Auftritt gewonnen. Er hat klar gemacht, welche Politik unser Land braucht.

Merkel hat versucht herumzulavieren, auch beim Thema Mindestlohn. Dabei ist ganz klar: schwarz-gelb will Mindestlöhne verhindern. Merkel hat versucht den Zuschauern Sand in die Augen zu streuen. Sie hat sogar so getan, als ob sie für Mindestlöhne für Friseurinnen und Friseure sei. Das Gegenteil ist der Fall. Mit den Kombilohnmodellen für schwarz-gelb werden Unternehmen noch ermutigt, Niedriglöhne zu zahlen und die Arbeitnehmer trotz Arbeit zum Sozialamt zu schicken. Merkel traut sich offensichtlich nicht, ihre eigenen Positionen öffentlich zu vertreten.

Frank-Walter Steinmeier hat dagegen deutlich gemacht, warum wir flächendeckende gesetzliche Mindestlöhne brauchen. Er hat gesagt, was getan werden muss, um aus der Krise zu kommen, um gute Arbeit zu schaffen und mehr soziale Gerechtigkeit zu erreichen. Die Botschaft ist angekommen, das zeigen auch die Umfragen. Frank-Walter Steinmeier ist der bessere Kanzler.

Pressemitteilungen SPD.de

Ulm und Alb-Donau:

Viel zu schön um so schwarz zu sein.



Einladung zum Infoabend

„Schule im ländlichen Raum“ -Bestandsaufnahme und Ausblick-

Gast: Dr. Frank Mentrup

Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landesfraktion

am Dienstag, 15.09.2009, um 20:00 Uhr

Landgasthof Krone, Aicherstr. 7, 89191 Nellingen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Pläne zur Werkrealschule sorgen weiterhin für großen Unmut. Die Bildungschancen der jungen Menschen werden sich dadurch nicht verbessern. Die organisatorischen Hürden sind hoch. CDU und FDP beschleunigen mit ihren Plänen das Aus vieler Schulstandorte: die Existenz vieler der rund 800 einzügigen Hauptschulstandorte im Land ist gefährdet. Damit darf man sich nicht abfinden.

Wir wollen, dass unsere Kinder besser individuell gefördert werden, und viele Schulstandorte wohnortnah erhalten bleiben. Hierfür brauchen die Beteiligten vor Ort größere Handlungsspielräume und nicht starre Vorgaben "von oben".

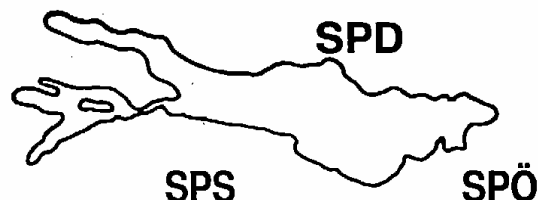
Ich lade Sie herzlich zum Infoabend ein. Dort wird der Bildungsexperte Frank Mentrup aufzeigen wie Schulstandorte weiterentwickelt und zukunftsfähig gemacht werden können. Darüber hinaus möchte ich mit Ihnen über die Zukunft der Schulen im ländlichen Raum diskutieren.

Ich lade Sie herzlich ein und freue mich über Ihre Teilnahme.

Mit freundlichen Grüßen,

Hilde Mattheis

Ihre Stimme für Hilde Mattheis



Peter Gubser
Präsident der SP Thurgau
Tel. 0041 (0)71 446 75 43
Sonnenhügelstrasse 71
CH-9320 Arbon

**Einladung
zur
Herbsttagung der SBI**

**„Die regionale Zusammenarbeit überwindet
Grenzen“**

**Samstag, 31. Oktober 2009
Beginn: 10.30 Uhr
Tagungsort: Romanshorn/Schweiz
Museum im alten Zollhaus
(vis-à-vis Fährehafen)**

Regierungsrat Dr. Claudius Graf-Schelling (SP), Präsident der Thurgauer Regierung und Vorsitzender der Internationalen Bodensee Konferenz (IBK), stellt die Arbeit der IBK vor. Sie ist die Plattform der Regierungen und Verwaltungen von Ländern und Kantonen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit rund um den Bodensee. Mit Schlüsselprojekten setzt sich die IBK dafür ein, die Bodenseeregion als attraktiven Lebens-, Natur-, Kultur- und Wirtschaftsraum zu fördern und zu erhalten. Eine ihrer Stärken liegt in den vergleichsweise informellen Strukturen.

Im Anschluss an das Referat diskutieren wir in Gruppen Anliegen der SBI an die regionale Zusammenarbeit.

Kantonsrat Peter Gubser
Präsident SP Thurgau

Herbsttagung der SBI

„Die regionale Zusammenarbeit überwindet Grenzen“

Samstag, 31. Oktober 2009
Beginn: 10.30 Uhr
Tagungsort: Romanshorn/Schweiz
Museum im alten Zollhaus
(vis-à-vis Fährhafen)

Programm

10.30 h BEGRÜSSUNGSKAFFEE

11.00 h BEGRÜSSUNG

Peter Gubser, Kantonsrat, Präsident der SP Thurgau
Olga Pircher, Landtagsabgeordnete, Präsidentin der SBI

11.10 h REFERAT

Regierungsrat Dr. Claudius Graf-Schelling

Der Vorsitzende der Internationalen Bodensee Konferenz (IBK) zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

12.00 h DISKUSSION IN GRUPPEN

Welche Forderungen stellt die SBI an die grenzüberschreitende Zusammenarbeit?

12.00 h ZUSAMMENFASSUNG IM PLENUM

Moderation: Norbert Zeller, Mitglied des Landtags Baden-Württemberg
Vizepräsident der SBI

13.00 h AUSKLANG MIT KLEINEM IMBISS

Impressum

Herausgeber:

Matthias Mayr, Medienreferent SPD Bodenseekreis
Weinbirnenstraße 5
88048 Friedrichshafen

Deutsche Gruppe SBI und Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI – D - (Präsident MdL Norbert Zeller)

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg Tel.: 07532/313048
e-mail: roterseechas@kabelbw.de

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren Tel.: 07542/20349
e-mail: willibernhard@gmx.de

Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

Nachrichten für Redakteure:	www.meinespd.net/mitglieder
Büro Evelyne Gebhardt:	EGebhardt.MdEP@t-online.de
Europa Aktuell Nr. 9/2009:	Gebhardt@europarl.europa.eu
Dr. Roland Peter,	
Pressesprecher:	roland.peter@spd.landtag-bw.de
Norbert Zeller, MdL:	norbert.zeller@spd.landtag-bw.de
Jochen Jehle, Bundestagskandidat:	Jochen.Jehle@spd-online.de
Ossi Burger:	oswald.burger@gmx.de
Dietram Hoffmann:	dietram.claudia@t-online.de
Peter Gubser:	petergubser.arbon@bluewin.ch
Peter Olibet, Parteisekretär:	kantonalpartei@sp-sg.ch
Barbara Gysi, Kantonsrätin, SP:	bgysi@bluewin.ch
SPÖ-Express, 04.09.2009:	hubert.loetsch@spoe.at
Alexander Geisler M.A.:	martin.gerster@bundestag.de
Wolfgang Heinzl,	
Büroleiter Martin Gerster, MdB:	Wolf99maci@aol.com
Anne Jenter:	info@anne-jenter.de
Florian Pronold:	Florian.Pronold@spd.de
Büro Hilde Mattheis, MdB:	Hilde.Mattheis@bundestag.de
Pressemeldungen SPD.de:	www.spd.de

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.

[E-Mail-Abonnement \(ab\)bestellen](#)

(Karl-Heinz König)

roterseechas@kabelbw.de